

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 4. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum:	6. November 2024
Sitzungsort:	Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer:	18.00 – 20.20 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Stephan Wolf, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
 Andreas Bammatter
 Biljana Grasarevic
 Philippe Hofmann
 Christoph Morat
 Silvia Stucki
 Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
 Rudolf Spinnler, Jurist
 Miriam Glarner, Volontärin

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Patrick Kneubühler, Christian Jucker, Hanna Kirchhofer, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Walder, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Flavio Fehr, Nico Jonasch, Astrid Kaiser, Louis Seifried, Tim Söllick

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23
 18.15 Uhr 35 Anwesende = 24
 19.30 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in das **Wahlbüro**, anstelle
des zurückgetretenen Philippe Adam, Die Mitte-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode
Wahlvorschlag: Rolf Adam Geschäft 4758
2. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 24.6.2024, betreffend
Status Cybersecurity@Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4741 / A
3. Postulat von Sandro Felice, Grüne, und Matthias Häuptli, GLP, vom 22.5.2024,
betreffend **E-Bike Ladestation für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4734
4. Postulat von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne,
vom 11.6.2024, betreffend **Smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4738
5. Postulat von Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024,
betreffend **Veloplan für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4739
6. Verfahrenspostulat von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion,
vom 11.6.2024, betreffend **Änderung des Geschäftsreglements § 16**
Abs. 2 lit. I «Die Leiterin Gemeindeverwaltung, der Leiter
Gemeindeverwaltung nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.»
Antrag ER-Büro: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4737
7. Postulat von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 20.9.2024, betreffend
Fahrrad-Sicherheit Baslerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4750

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 16. Oktober 2024

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Stephan Wolf

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Stephan Wolf, Präsident: Geschätzte Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen. Ich möchte euch alle bitten, für die heutige Einwohnerratssitzung Platz zu nehmen, zu der ich euch auch herzlich begrüßen. Ich begrüße auch den Gemeinderat, der für die heutige Einwohnerratssitzung anwesend ist. Ebenso die Vertreter der Medien und wenn ich richtig gezählt habe, den einen Zuschauer, der wir heute haben. Entschuldigt für heute haben sich Flavio Fehr, aus gesundheitlichen Gründen Astrid Kaiser. Ich wünsche ihr an dieser Stelle gute Besserung. Entschuldigt haben sich auch Nico Jonasch, und zuletzt auch Tim Söllick. Dies ist der Grund, weshalb der 2. Vizepräsident ad interim heute von Fredy Rellstab wahrgenommen wird und es daher auch bei den Stimmentzählern natürlich eine entsprechende Verschiebung gibt, dadurch, dass Astrid Kaiser heute auch nicht Stimmentzählerin ist, kommen beide Ersatzstimmentzähler zum Einsatz, nämlich Florian Spiegel und Iracema Tirant. Verspäten wird sich sodann Louis Seifried, er hat mir dies eben zuvor mitgeteilt. Gibt es noch weitere Absenzenmeldungen, welche noch nicht bis zu mir durchgedrungen sind? Das scheint augenscheinlich nicht der Fall zu sein. Ich möchte Ruedi Spinnler bitten, die Absenzenkontrolle durchzuführen. Danke vielmals.

Ich fahre weiter mit den Mitteilungen des Präsidenten. Es ist einfach eine übliche Mitteilung, die wir vor jeder Einwohnerratssitzung haben: Nach Ende der heutigen Sitzung bitte den Saal zügig verlassen. Es darf selbstverständlich im Foyer weiter diskutiert werden. Aber Sinn und Zweck, dass wir diesen Saal verlassen müssen, ist der, dass er abgeschlossen und gereinigt werden kann.

Somit komme ich zu den **dringlichen Interpellationen** und **dringlichen Postulaten, dringlichen Motionen**. Da kann ich es relativ kurzfassen. Es sind **keine eingegangen**. Es sind allerdings noch ein paar weitere Vorstösse eingegangen. Zuerst einmal – nun wurde meine Reihenfolge durcheinandergebracht – einen Moment bitte. Das wäre erst einmal das

- Einwohnerratsgeschäft **4760, Motion** von Christian Jucker, GLP-Fraktion, vom 1. November 24, für **unabhängige und erfolgreiche Allschwiler Lokalmedien**.

Ich frage Christian Jucker sogleich an, ob er etwas zu seinem Vorstoss sagen möchte. Das ist nicht der Fall, er schüttelt den Kopf. Wir haben noch ein weiteres

- Einwohnerratsgeschäft **4761, kleine Anfrage** von Henry Vogt, SVP-Fraktion zum **Heimatmuseum**.

Henry, möchtest du noch etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall.

Sofern ich nun nichts übersehen habe, habe ich keine weiteren Vorstösse mehr, dann kommen wir zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Ich stelle zuerst fest, dass die Traktandenliste allen rechtzeitig verschickt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an: Gibt es Änderungswünsche zur Traktandenliste? Ich gebe das Wort an Niggi Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank, Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir hätten gerne, dass Traktandum 6 direkt nach 1, also neu als 2. Traktandum behandelt wird.

Stephan Wolf, Präsident: Das ist einfach ein Antrag, der nun steht. Möchtest du es noch kurz begründen?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Die Begründung ist einfach, wir erhoffen uns wirklich, dass wir es heute vom Tisch bekommen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Prima, Danke schön. Somit bringe ich diesen Antrag sogleich zur Abstimmung. Für diesen Antrag reicht das einfache Mehr, da die Traktandenliste bis jetzt nicht bereinigt ist. Wer dem **Antrag von Niklaus Morat** zustimmen möchte, möge bitte jetzt die gelbe oder die blaue Karte erheben. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Und bitte noch die Enthaltungen. Danke vielmals. Ich möchte Stimmenzählerin und Stimmenzähler bitten, mir das Ergebnis zu überreichen. Danke vielmals.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 18 Ja-Stimmen, bei 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **zugestimmt**.

Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass mit dieser Änderung, die ich mir nun gar nicht gross notiert habe, das Traktandum 6 zu Traktandum 2 wird. Wenn ich es richtig gerechnet habe, werden, wenn man so will, alle Traktanden jeweils um eine Nummer aufsteigen. Gut. Ich stelle fest, dass die **Traktandenliste mit der geänderten Reihenfolge genehmigt** ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, Die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode, also bis zum 30. Juni 2028.
Wahlvorschlag: Rolf Adam, Geschäft 4758

Stephan Wolf, Präsident: Ich frage den Rat an: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Die zweite Frage ist: Ist stille Wahl bestritten? Auch dies ist nicht der Fall. Somit gratuliere ich Rolf Adam zur Wahl ins Wahlbüro.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2 (ehemals 6)

Verfahrenspostulat von Mark Aellen und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 11.6.2024, betreffend Änderung des Geschäftsreglements § 16 Abs. 2 lit. I «Die Leiterin Gemeindeverwaltung, der Leiter Gemeindeverwaltung nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.»
Antrag ER-Büro: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4737

Stephan Wolf, Präsident: Bisher ist es das Gemeindepräsidium, die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident. Dieser Antrag möchte es ändern auf Gemeindeverwalterin oder Gemeindeverwalter. Der Gemeinderat – nein stimmt nicht – Die Geschäftsvertretung hat nicht der Gemeinderat, sondern das Büro, und das Büro beantragt Nichtentgegennahme. Die Rednerreihenfolge gemäss Geschäftsreglement sieht vor, dass zuerst Mark Aellen als Antragsteller das Wort erhält, dann jemand vom Einwohnerratsbüro, das werde ich selbst sein. Anschliessend Fraktionssprecherinnen und -sprecher, dann die Rednerliste. In diesem Sinn möchte ich Mark Aellen gerne das Wort erteilen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzter Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin erstaunt, dass das Büro sowohl als auch der Gemeinderat darauf beharrt, dass der Gemeinderat in der Einwohnerrats-Bürositzung präsent sein soll. Weshalb bin ich darüber erstaunt? Das Büro hat die Funktion, die Geschäfte des Einwohnerrats vorzubereiten. Dies möglichst so, wie es der Einwohnerrat plant. Wenn ein Beisitz vom Gemeinderat vorhanden ist, wird der Gemeinderat Einfluss nehmen. D. h. der Einwohnerrat ist nicht mehr selbst bestimmend, sondern er wird durch den Gemeinderat beeinflusst. Dass wir überhaupt in diese Situation geraten sind, ist einem Coup der ehemaligen Gemeinderatspräsidentin zu verdanken. Dies war nämlich, als wir das Reglement besprochen hatten, gar nicht so vorgesehen, sondern wurde eingestreut und kam durch. Wir haben gesehen, wie es während einer Legislatur lief. Wir sahen Beeinflussungen durch die Gemeinderatspräsidentin auf der Traktandenliste. Das ist einfach nicht haltbar. Wenn der Gemeinderat findet, nein, es ist gut, wir trennen es politisch schön sauber, ist das einfach nicht wahr. Die Präsenz an sich und die Aussagekraft des Einsitzenden haben einen beeinflussenden Charakter. Dies ist nicht zu leugnen, und es hat nicht zu sein. Das Büro muss unabhängig sein können.

Die zweite Nebenwirkung, welche die Übung hat, ist, dass der Einwohnerrat auf dem offiziellen Weg zur Verwaltung keinen Kontakt hat. Er ist also immer nur durch die Mitteilungen des Gemeinderatsvertreters gefiltert. Dies betrachte ich ebenso als falsch. Es fördert nur noch mehr, dass wir Informationen direkt aus der Verwaltung holen, anstatt wir sie in einer Bürositzung auf dem offiziellen Weg ungefiltert weitergeben könnten. Noch einmal: Die Situation, die wir haben, ist sehr frisch, war, seit es den Einwohnerrat gab, nicht so, wurde in der letzten Legislatur geändert. Wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Und wir haben die Beeinflussung und Filterung. Das sollte nicht sein. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich möchte als Mitglied des Einwohnerratsbüros sogleich Stellung zu unserem Antrag auf Nichtentgegennahme nehmen. Für das Büro – dies vorweg – ist natürlich das Prinzip der Gewaltentrennung eines der wichtigsten Prinzipien, sowohl in juristischer als auch in politischer und demokratischer Hinsicht. Aber dies schliesst natürlich nicht aus, dass sich Exekutive und Judikative und auch das Büro und ein Mitglied des Gemeinderats, nämlich das Präsidium, untereinander austauschen. Es ist auch so, dass der Gesamtgemeinderat an der Einwohnerrats-sitzungen teilnimmt, wie man heute sieht. Da kommt auch niemand auf die Idee zu sagen, das geht nicht, sie beeinflussen uns.

Wir sind auch der Meinung, dass die Teilnahme des Gemeindepräsidiums beibehalten und nicht auf den Gemeindeverwalter übertragen werden sollte. Denn dem Büro geht es vor allem um die politischen Inputs, die wir gerne hätten. Diese kann die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident besser liefern als der Gemeindeverwalter, der, wie der Name bereits aussagt, auf der Verwaltung und somit im administrativen Bereich tätig ist. Den Bedenken von Mark Aellen, dass wir keinen direkten Draht zur Verwaltung haben, kann ich entgegnen, es nimmt nicht nur das Gemeindepräsidium an den Bürositzungen teil, sondern auch die Sekretärin der Parlamentsdienste, welche auch der Verwaltung angegliedert sind. Von da erhalten wir manchmal auch wertvolle Informationen, sodass dieses Argument auch entschärft ist. Ich kann eines versichern: Das Büro ist selbstständig genug, dass wir Entscheidungen ohne Beeinflussung durch das Gemeindepräsidium fällen. Das zeigt auch die Einwohnerratssitzungen, die wir hier haben. Es kommt hier auch niemand auf die Idee und sagt, die sieben Frauen und Herren Gemeinderät*innen würden unseren Entscheid beeinflussen. Sondern auch der Einwohnerrat trifft eigenständige Entscheidungen. Ich glaube, dies kann man auch dem Büro zutrauen. Wir sind deshalb überzeugt, dass die Regelung, wie sie jetzt vorgesehen ist, beibehalten werden sollte, und stellen Ihnen daher den Antrag, dass man das Verfahrenspostulat nicht entgegennimmt.

Dies wäre nun mein Statement zu diesem Antrag oder zum Verfahrenspostulat gewesen. Jetzt möchte ich gerne die Rednerliste eröffnen, zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und dann die allgemeine Rednerliste. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich möchte gerne ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema anbringen. Es ist eigentlich seltsam, dass das Gemeindepräsidium an der Bürositzung Einsitz hat. Man könnte die Frage stellen: Darf das Einwohnerratspräsidium auch an den Gemeinderatssitzungen dabei sein? Denn gemäss meiner Auffassung geht es im Büro um die inneren Angelegenheiten des Rats. Deshalb halte ich den Einsitz

durch das Gemeinderatspräsidium als fragwürdig, wenn nicht sogar falsch. Umgekehrt ist aber auch der Einsitz durch den Leiter der Gemeindeverwaltung genauso sachfremd, denn auch er dient nur der Exekutiven.

In den Diskussionen, die wir im Vorfeld hatten, habe ich immer wieder gehört, dass entweder das Gemeinderatspräsidium oder der Leiter der Verwaltung besser weiss oder einfach weiss, welches Geschäft bereit sei. Hier kommen wir nun wieder zu einem Punkt, der mich wirklich stört. Denn ich finde, der Einwohnerrat oder das Büro muss seine Geschäfte traktandieren, und die Verwaltung hat sich danach zu richten, und nicht umgekehrt. Dafür haben wir auch Fristen, an welche sich die Verwaltung halten muss. Mir ist schon ein paar Mal aufgefallen, dass sie nicht eingehalten werden, gerade auch bei Interpellationen, welche an einer der nächsten Ratssitzungen eigentlich an die Reihe kommen müssten, kamen sie dann manchmal schon etwas später als «an einer der nächsten» Ratssitzungen. Dies ist auch der Grund, weshalb recht oft auf das Instrument der Dringlichkeit zurückgegriffen wird, damit etwas rasch behandelt wird, was ich auch nicht den richtigen Weg finde.

Ein nächster Punkt ist, dass unsere Geschäftsordnung nicht regelt, wer Stabschef oder Stabschefin des Parlaments ist. Ich weiss es offen gesagt auch nicht. An der Einwohnerratssitzung nehmen zwei Personen aus der Verwaltung teil, und eine dritte Person, die uns sehr unterstützt, ist nicht zugegen. Ich meine, eigentlich müsste diese Person, also müsste der Einwohnerrat diese Person, welche ihm dient, selbst wählen, selbst bestimmen, oder das Büro soll sie bestimmen. D. h. es wäre eigentlich okay, wenn das Büro einen Ratssekretär wählen würde. Ich hielte es für ohnehin sinnvoll, es gäbe eine Person, welche den Rat oder insbesondere die Ratsleitung während der Sitzung unterstützen würde. In diesem Sinn würde ich beliebt machen, dass man mit dem Verfahrenspostulat gleich auch die Gelegenheit nutzen würde, diesen Punkt ebenfalls zu überdenken. Dies würde auch die Gewaltentrennung stärken und daher den Einwohnerrat. Und einfach noch zur Information: Unsere Fraktion hat dazu keine einheitliche Meinung. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das Argument, wenn du darfst, dann will ich auch, finde ich immer sehr lustig. Trotzdem müssen wir sagen, es gibt Vor- und Nachteile. Wir haben es innerhalb unserer Fraktion auch besprochen. Es waren schon mehrere aus unserer Fraktion im Büro, deshalb wollen wir diesem Postulat auch entsprechend zustimmen und ihm eine Chance geben, dass geprüft und berichtet wird. D. h. die SVP ist für Entgegennahme. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst!

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion folgt dem Antrag des Büros und ist für Nichtentgegennahme. Uns ist die Gewaltenteilung auch sehr wichtig. Wir sind aber der Ansicht, dass das Gemeinderatspräsidium im Einwohnerratsbüro nur eine beratende Stimme hat. Die Frage ist auch, ob der Gemeindeverwalter überhaupt über die zeitlichen Ressourcen verfügen würde, und ob dies dann tatsächlich besser wäre. Wir vertrauen darauf, dass sich das Büro nicht beeinflussen lässt. Klar, Fristen müssen eingehalten werden, definitiv. Die Frage stellt sich, ob sie nicht immer eingehalten werden, weil eben das Gemeindepräsidium Einsitz hat. Das können wir nicht beurteilen. Wir vertrauen aber darauf, dass man, wenn das Büro meint, man soll es so beibehalten, wie es jetzt ist, zustimmen sollte. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Gut, Herr ... ja, zuerst Florian Spiegel, danach Mark Aellen!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin positiv überrascht und begeistert, wie jetzt ein Ruck hier durch den Einwohnerrat geht, was dieses Thema anbelangt. Trotzdem lasse ich es mir aber nicht nehmen, darauf hinzuweisen, wie schnell unser politisches Denken und unsere politischen Muster innerhalb von vier Jahren ändern können. Es ist spannend und ich meine, ich begrüsse es, aber es ist spannend, dass genau von jenen Fraktionen, – unter anderem, nicht allen, jetzt plötzlich die Ja-Parole zu diesem Geschäft kommt, obwohl sie vor vier Jahren zum Teil noch der Ja-Parole des Gemeinderats gefolgt sind. Wenn man nämlich das Protokoll von vor vier Jahren liest, hat sich die SVP vehement als einzige Fraktion geschlossen dagegen gewehrt, dass man diesen Wechsel vornimmt. Geschlossen. Trotzdem stimmte man dem Antrag des Gemeinderats damals mit 19 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu. Einfach so viel zum politisch historischen Verständnis dieses Rats. Ich finde, man sollte es nicht ganz ausser Acht lassen. Es war der Rat, der es damals mit grosser Mehrheit so wollte. Ich bin froh, dass die Frak-

tionen nun zu einem Umkehrschluss kommen und meinen, dass man es ändern muss. Ich bin froh, wie Mark Aellen es zuvor betreffend Trennung zwischen Exekutive und Legislative erwähnte. Es ist das, was ich hier bald schon – und vielleicht ist es auch ein Zeitzeichen – ich nun lange, seit 15 Jahren immer wieder sage: Wir benötigen endlich eine Entflechtung der Legislative von der Exekutive, und zwar eine starke Entflechtung. Es wurden zuvor genau diese Punkte aufgegriffen, wie sieht es mit der Stabstelle aus, wer ist wem unterstellt, wie holt sich der Einwohnerrat seine Unabhängigkeit gegenüber der Exekutiven, und das in einer Gemeinde, die wirklich nicht den Namen trägt, aber von der Grösse her eine Stadt ist, die ein Budgetvolumen hat, welches 100 Mio. sprengt.

Seit 14, 15 Jahren sind es genau diese Punkte, die wir immer wieder vorbringen, dass wir endlich die Entflechtung benötigen. Ich meine nicht, dass man es zum Anlass nehmen sollte, um über dieses Thema zu diskutieren. Es ist ein Einzelantrag von Etienne Winter, den ich absolut richtig finde. Ich finde es aber grundlegend richtig. Deshalb würde ich beliebt machen, dass sich die Fraktionspräsidenten endlich einmal zusammensitzen und sich dieser Thematik annehmen, was ich auch schon lange sage, dass die Fraktionspräsidenten mit beratender Stimme ins Büro gehören und nicht die Stimmzähler. Wir müssen uns als Rat nicht wundern, dass wir uns immer wieder an der Nase herumführen lassen können, wenn wir selbst in den entscheidenden Momenten nie die Stärke an den Tag legen, welche es bräuchte, um dieser Arbeit nachzukommen, die eine Gemeinde wie Allschwil in dieser Grössenordnung eigentlich mittlerweile verlangt. Deshalb finde ich diesen Vorstoss absolut unterstützenswert. Ich bin froh, dass er so vorliegt, und bin froh, dass wir heute Abend wenigstens über diesen einmal abstimmen können. Hoffentlich endlich als erstes Bausteinchen auf dem Weg dorthin, wo wir schon lange hingehen sollten.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Gut, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen ... Entschuldigung, Herr Mark Aellen – ich habe Sie vergessen, es tut mir leid.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Kann passieren. Geschätzte Ratsmitglieder. Wir haben nun ein paar Gründe gehört, weshalb wir es belassen sollten, wie es ist. Der erste Grund ist genau der Grund, den ich erwähnte, weshalb man es nicht tun sollte. Man möchte die politische Meinung des Gemeinderats abholen. Ja, meine Güte, genau das ist nicht das Ziel. Genau das ist nicht das Ziel. Es geht darum, vom Einwohnerrat her Prioritäten zu setzen, was als Nächstes kommt. Es geht nicht darum, die politische Meinung des Gemeinderats einzuholen. Zu diesem Zweck haben wir diese Sitzung hier, den Einwohnerrat. Hier stellt der Gemeinderat dem Einwohnerrat vor, welches seine politischen Meinungen sind, und wir beraten darüber. Deshalb ist der Vergleich zwischen Einwohnerrat und Einwohnerrats-Bürositzung schlicht falsch. Sogar beinahe lächerlich. Darin geht es genau darum: Die zwei Körper müssen sich gegeneinander durchsetzen. Es braucht eine Zwiesprache. Deshalb müssen alle Gemeinderäte anwesend sein und alle Einwohnerräte. Im Büro geht es darum, was behandelt wird. Es geht nicht darum, wie es behandelt wird. Bei den Kommissionen geht es auch darum: Was ist der Inhalt? Da wird der Einwohnerrat nicht einfach so immer eingeladen. Der wird eingeladen, wenn man ihn benötigt, wenn man Informationen braucht. Meistens wird sogar die Verwaltung eingeladen, um die Informationen zu holen. Das ist Punkt 1, also politischer Einblick genau nicht.

Dann haben wir gesagt, als Gegenbeispiel, ja, weshalb er im Einwohnerrat ... sorry, jetzt bin ich ... im Einwohnerratsbüro sitzen sollte, ist, weil der Gemeinderat auch in der Einwohnerratssitzung sitzt. Dies habe ich zuvor gerade auseinander getüftelt. Das ist das Konstrukt, mit dem wir uns auseinandersetzen, deshalb muss er hier sein. Das andere ist das Konstrukt: Worüber setzen wir uns auseinander? Das hat der Gemeinderat nicht zu beeinflussen. Einfach nicht.

Der nächste Punkt ist: Ich wurde entwaffnet, weil das Sekretariat in der Bürositzung sitzt. Ja, meine Güte, man will von den Führungskräften hören, man will es nicht von den Sekretärinnen hören. Damit will ich mit keinem Punkt gesagt haben, Sekretärinnen wüssten nicht viel, die wissen meistens mehr als ihre Chefs. Aber ihre Chefs müssen es verantworten. Sie haben die Gesamtverantwortung. Deshalb sollten auch sie dem Büro Red und Antwort stehen. Nicht die Sekretärinnen. Ich bin sehr froh, dass die Sekretärin dort ist, denn sie weiss wirklich viel. Also, nicht falsch verstehen! Sie kann aber in ihrer Position nicht die Verwaltung vertreten. Insofern, ja, wir haben vor vier Jahren zugestimmt. 10 gegen 19 ist also nicht so niederschmetternd. Wir sollten aber auch daraus lernen. Wir haben es nun vier Jahre lang mitgemacht und haben den Einfluss gesehen. Wenn jemand sagt: Sorry, ob ... Wenn das Büro sagt, wir sind denn schon mächtig genug, dass wir es verhindern, dann muss ich sagen, sorry, wenn jemand präsent ist, nimmt er Beeinflussung. Insbesondere, wenn er sogar noch den falschen Input bringt. Niemand ist fehlerlos. Deshalb sollte man versuchen, solche Fehlerquellen auszuschalten. Wir haben es gerade von Florian Spiegel gehört: Gewaltentrennung an dem Ort, an dem sie wirklich notwendig ist. Hier ist sie nicht notwendig. Im Büro ist sie. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Matthias Häuptli!

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Den Ausführungen meiner beiden Vorredner ist nicht viel beizufügen. Nur noch dies: Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass Mitglieder des Büros glauben, sie liessen sich nicht durch den Einsitz des Gemeindepräsidiums nicht beeinflussen. Die Frage, die man aber stellen muss, ist: Weshalb glaubt das Büro, dass es auf die Expertise und das Wissen des Leiters der Gemeindeverwaltung verzichten kann? Denn das ist die Person, bei welcher alle Fäden aus der Gemeinde zusammenlaufen, und die wissen sollte, welche Geschäfte wo stehen, was geplant ist und selbstverständlich auch, was die politische Bedeutung dieser Geschäfte ist, ohne dazu eine eigene Meinung zu haben oder zu äussern. Deshalb, denke ich, ist es richtig, dass man dieses Postulat überweist. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Gut, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr im Raum stehen, würde ich mir selbst gerne als 1. Vize, Mehmet Can, fürs Protokoll, noch einmal gerne etwas dazu sagen.

Ich selbst als Teil des Büros meine, man sollte es überweisen. Und zwar hat es folgenden Grund: Dass wir erwachsene Leute sind, dass wir selbstständig entscheiden können und nicht beeinflussbar sind? Jein. Denn es ist bekannt, dass jedes Jahr eine Rotation stattfindet und auch jedes Jahr neue Leute im Büro sind. Vielleicht auch u. a. neue Leute, welche überhaupt neu in der Politik sind. Diese sind halt zu Beginn beeinflussbar. Auch wenn der Gemeindepräsident nichts sagt, auch wenn er seine Meinung nicht teilt, ist es doch eine Beeinflussung, oder nicht?

Zweitens stellt sich auch für mich die Frage: Hat man mal mit dem Verwalter gesprochen? Was sagt eigentlich er dazu? Möchte er mal gerne dabei sein? Oder würde er gerne überhaupt im Büro dabei sein? Und zwar aus welchem Grund und aus welchem Grund nicht. Das wäre doch vielleicht auch die richtige und wichtige Frage. Demzufolge bin ich auch der Meinung, es sollte überwiesen werden. Danke schön.

Falls keine weiteren Wortmeldungen vorhanden sind, würde ich gerne abschliessen.

Stephan Wolf, Präsident: Prima. Ich verzichte nun darauf, dem Gemeindeverwalter das Wort zwangsweise zu erteilen, weil das Votum von zuvor für ihn vielleicht auch etwas überraschend kommt. Falls es überwiesen werden würde, wird er natürlich auch einbezogen. Das ist klar. Aber jetzt ist es, glaube ich, noch zu früh. Die Rednerliste wurde wie erwähnt durch den 1. Vizepräsidenten geschlossen. Somit würden wir zur **Abstimmung** übergehen. Wer das **Verfahrenspostulat von Mark Aellen** überweisen möchte, möge bitte jetzt die gelbe oder die blaue Karte erheben. Wer dagegen ist, bitte jetzt die Karte erheben. Enthaltungen? Danke vielmals.

://:

Sie haben das Verfahrenspostulat mit 26 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen **überwiesen**.

Stephan Wolf, Präsident: Nun muss ich zurückblättern, damit wir wieder auf die ursprüngliche Reihenfolge kommen. Wir kämen jetzt zu Traktandum neu Nr. 3, ehemals 2.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3 (ehemals 2)

Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 24.6.2024, betreffend
Status Cybersecurity@Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4741 / A

Stephan Wolf, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht laut Geschäftsreglement wie folgt aus: Zuerst würde der Interpellant, also Christian Jucker, das Wort erhalten, danach die Gemeinderätin Silvia Stucki. In diesem Sinn erteile ich das Wort Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde das Wort gerne direkt an die Ressortverantwortliche übergeben. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann geht das Wort über an Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Vielen Dank. Sehr geehrter Präsident, geschätzte Mitglieder des Einwohnerrats, lieber Gast. Im Namen des Gemeinderats bedanke ich mich bei Christian Jucker für die Einreichung dieser Interpellation betreffend Status Cybersecurity@Allschwil, Geschäft 4741 / A. Es ist sehr erfreulich, dass die Wichtigkeit dieses Themas mit der vorliegenden Interpellation jetzt auch politisch diskutiert wird. Sowohl der Gemeinderat als auch die Verwaltung setzen sich seit einiger Zeit mit diesem Thema IT-Sicherheit auseinander. Selbstverständlich ist dieses Thema auch für die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung aus der täglichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. In den vergangenen Jahren haben sowohl die Abhängigkeiten an eine stabile und sichere IT-Umgebung als auch die Anforderungen an die IT-Sicherheit massiv zugenommen. Deswegen verstärkte die Gemeinde Allschwil auch in diesem Bereich den Fokus und versuchte, mit diversen Massnahmen den vorhandenen Risiken angemessen zu begegnen. Der Bericht des Gemeinderats zeigt dies mit der Beantwortung der 17 Fragen.

Selbstverständlich ist sich jetzt der Gemeinderat bewusst, dass die Beantwortung der Interpellation teilweise auf hoher Flughöhe erfolgte. Der Grund ist: Es liegt in der Natur der Sache, dass es mir an dieser Stelle nicht möglich ist, sprich, aus Sicherheitsgründen oder auch aus Gründen der Diskretion genauer Auskunft zu geben, weil nämlich sonst die Gemeinde Allschwil betreffend Sicherheit Tür und Angel öffnet. Gerade jetzt besprechen wir dieses Traktandum öffentlich und ab nächster Woche liegt uns dieses Traktandum schriftlich vor. Ich bitte Sie, diesem Umstand entsprechend Rechnung zu tragen oder auch um Verständnis. Trotzdem ist es mir ein grosses Anliegen, Ihnen mitzuteilen, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, dass gerade in diesem Bereich der Grad und die Häufigkeit der Veränderung hoch sind. Es ist für eine Organisation wie die Gemeinde Allschwil von Bedeutung, in diesem Gebiet Schritt zu halten. Der Gemeinderat ist jedoch der Ansicht, dass die Gemeinde Allschwil für die Grösse und Komplexität der Organisation die notwendigen Schritte unternommen hat und mit seiner Planung auch weiterhin unternehmen wird. Vielen Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Silvia Stucki. Dann frage ich den Interpellanten an, ob er mit den Antworten zufrieden ist. Das Wort hat Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Rat. Nein, ich bin eigentlich nicht zufrieden, oder? Es ist ... vielleicht mal zu den Grundlagen der Cybersecurity bei einer Gemeinde: Wenn sie jetzt bei einem Onlineshop etwas einkaufen, ist es ein bewusster Entscheid, und Sie deponieren dort ihre Daten. Sie nehmen an, sie sind in einer Form geschützt, Sie können sie anhand des Datenschutzgesetzes wieder einfordern oder eine Löschung verlangen oder was auch immer. Bei der Gemeinde Allschwil ist jeder Bürger datenmässig zwangsaufgenommen. D. h. es gibt kein Opt-out oder es gibt keine Version, bei der ich sagen kann, hey, ich als Bürger von Allschwil vertraue Allschwil, möchte jedoch meine Daten hier nicht speichern. Deshalb muss Allschwil nach meiner Meinung eine speziell gute Datenschutzstrategie oder Cybersecurity-Strategie haben.

Nun, bei den Antworten gingen weder die Fragen in ein Detaillevel, welcher ein System gefährden könnte, noch sind die Antworten entsprechend tief. D. h., ich glaube, dieses Problem haben wir nicht. Ich möchte schon zwei, drei Dinge schnell erwähnen, ich möchte nun nicht in eine Endlosdiskussion gehen, aber doch gewisse Punkte mal ansprechen, welche für mich nun schon gerade gar nicht so sind, wie sie sein sollten.

Zur ersten Frage: Dort werden zwei Dinge verwechselt, Penetrationstests und Security Audits. Penetrationstest ist ein Teil eines Security Audit. Das eine ersetzt das andere nicht. Es ist, wenn man ein Security Audit macht, kann ein Penetrationstest ein Teil davon sein. Man hat einfach wieder einmal die Dimensionen verwechselt und hat auch nicht bemerkt, dass das, was man macht, zwar sinnvoll ist, aber nur ein geringer Teil davon, was man machen sollte.

Zweiter Punkt, Cybersafe Label. Dies wurde z. B. speziell für kleine Gemeinden gemacht. Es ist nicht ein IS2-Label oder ein ISO-Monster, woran man Monate arbeitet. Es wurde speziell für wenige Kommunen gemacht. Aber sogar dies scheint für die Allschwiler Gemeinde zu viel zu sein.

Punkt 3, die organisatorischen Abläufe. Dies ist eigentlich etwas sehr Zentrales. Denn niemand kann seine Sicherheit so aufstellen, damit nie etwas passieren wird. D. h. es wird wohl etwas passieren, man muss für die Organisation bereit sein. Zu diesem Thema habe ich noch ein paar weitere Fragen gestellt, welche nach meiner Meinung nicht sauber abgedeckt sind. Es gibt gewisse Dinge, wie eben, dass man Disaster Recovery mit i schreibt und nicht mit e. Das zeigt einfach, dass man in der Sprache nicht ganz dabei ist, beim Fachbegriff nicht ganz. Aber eigentlich ist das auch nicht das Wichtigste, sondern es wurde fundamental nicht verstanden, was eine Cybersecurity-Attacke ist. Die kommt nicht wie Corona, bei dem man Tage im Voraus planen kann, es gibt auch keine Wetterprognose. Sie kommt vorzugsweise am Ostermontag, dann, wenn überhaupt niemand damit rechnet. Dann sind die Schotten dicht, und es ist zu spät, um eine Organisation aufzubauen. Das heisst, wenn wir jetzt die Prozesse nicht ready haben und sagen, wir beziehen uns auf Prozesse, die existieren, aber nicht dazu passen, dann funktioniert es entsprechend nicht.

Wie erwähnt, ich möchte nicht auf alle Antworten eingehen. Es gibt aber z. B. zu Frage 5, ob Cybersecurity Chefsache sei, eine sehr schwammige Antwort. Es wird auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Rollen abgedeckt. Genau das ist ein Fehler. Im Falle einer Cybersecurity-Attacke müssen Zuständigkeiten exakt geregelt sein. Im Voraus. Es kann nicht im Nachhinein, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, entsprechend gesagt werden, was wir tun. Nach einer Attacke kommt ihr wahrscheinlich nicht einmal ins Gebäude hinein. D. h. es muss klar sein, was entsprechend geschieht.

Punkt 6: Man hat den Begriff Incident Response nicht verstanden. Das ist ein grosser Unterschied zu einem Security Operation Center. Ich möchte aber nun nicht weitergehen. Wie zuvor erwähnt, sonst gibt es eine endlose Antwort.

Ein weiteres Thema in Frage 9, zur Klassifizierung von Systemen. Dies kommt immer wieder vor und nachher wird es auch in den Antworten zum Teil verwendet oder nicht. Gegenwärtig weiss Allschwil nicht, welche Daten und welche Systeme eigentlich schützenswert sind, weil die Systeme nicht klassifiziert sind. D. h. jegliche Aktion, die ihr vornimmt, es steht explizit drin, sind nicht konsequent klassifiziert. Ihr müsst nicht den Kopf schütteln, es steht so drin. D. h., wenn sie nicht klassifiziert sind, wisst ihr nicht, was man wie schützen muss. Wir müssten theoretisch alles nach dem höchsten Sicherheitsstandard schützen, weil wir sie nicht klassifiziert haben. Weiter unten wird dann aber trotzdem von den wichtigsten Systemen gesprochen. Da scheint es keine konsequenten Terms zu geben, wie es entsprechend gehandelt wird. Ich glaube, die haben wir auch wieder in Frage 13, wie werden die schützenswerten Daten gesichert: Meine einfache Übersetzung dazu ist, es gibt niemanden, der verantwortlich ist, es gibt keine festgesetzten Rollen, die es tun. Und wieder dasselbe, wenn wir nicht wissen, welche Daten sensibel sind, wissen wir auch weder welche noch wie wir sie schützen müssen.

Ich glaube, zum Schluss habe ich noch eine einfache Frage gestellt, das wäre nun eine Frage, die eher ins Thema geht, das ist Frage 17, die wirklich in die einzelnen technischen Themen geht, wo auch schützenswerte Antworten wären. Wir wollten da auch nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber ich glaube, man kann es sich mal bildlich vorstellen. Das war nun nur eine Frage auf ein ganz klassisches Thema. Es ist wie ein Haus, worin in der Mitte das Wohnzimmer ist, dort möchte man rein. Dann hat es, wenn man von der Strasse kommt, zwei Türen auf der Frontseite. Die eine Türe hat ein gutes Schloss, die andere ist mit einem Stück Schnur zugebunden. Und so ist am Schluss Cybersecurity in Allschwil verstellt. Dies ist meiner Meinung nach eine dürftige Antwort und zeigt von mir aus gesehen einen immensen Handlungsbedarf an. Vielleicht noch einmal zu sagen, ich glaube, es wurde auch zuvor erwähnt, Allschwil kann mit einer Firma mit 150 Mio. Umsatz und mehr als 300 Mitarbeiter. Da muss einfach mehr drin liegen. Wir können nicht sagen, die anderen Gemeinden tun weniger, wir sind ja eine der grössten Gemeinden in der Region. D. h. wir können auch nicht sagen, dass sie in Bubendorf es schon einmal hatten und es nicht so schlimm war. Sondern wir müssen auch führend sein, um auf Kommunalebene eine sinnvolle Cyberstrategie umzusetzen.

Deshalb bin ich mit der Interpellationsantwort nicht zufrieden. Sie hat noch viele andere Punkte, aber ich glaube, dies würde nun der Rahmen dieser Diskussion sprengen. Ich wünsche mir aber schon sehr, dass die Gemeinde sich diesem Problem wirklich annimmt und eine saubere Strategie aufsetzt und auch die notwendigen Massnahmen dazu ergreift. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Sofern kein Gegenantrag gestellt wird, würde jetzt eine Diskussion stattfinden. Deshalb frage ich den Rat: Wird ein Gegenantrag gestellt? Das ist offenkundig nicht der Fall. Damit kämen wir zur Diskussion. Also zuerst wieder die Fraktions-

sprecherinnen und -sprecher, dann die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Noëmi Feitsma, Sie haben das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir von der SP-Fraktion sind uns einig, dass der allerwichtigste Ansatz wirklich die Schulung der Mitarbeiter ist. Denn im Kampf gegen Cyberkriminalität ist die grösste Schwachstelle fehlendes Wissen und Unaufmerksamkeit von jenen, die tagtäglich mit den IT-Anwendungen arbeiten. Für uns ist noch ein weiterer Punkt die Diskretion. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Einwohnerratssitzungen öffentlich sind. Also alles, was wir hier besprechen, kann man jederzeit nachlesen. Und uns, wir haben nicht so viel Fachwissen wie Christian Jucker, aber uns ist klar, wenn die ganze Welt bis ins kleinste Detail weiss, wie Allschwil sich vor Cyberkriminalität schützt, werden Schwachstellen bekannt. Wir haben es zuvor gehört, es wurde auf viele Schwachstellen hingewiesen. Ich bin wirklich auch vom grossen Fachwissen des Interpellanten, Christian Jucker, beeindruckt. Aber ich habe den Eindruck, dass mit den öffentlich geäusserten Schwachstellen die Türen eigentlich noch einmal etwas mehr geöffnet wurden. Deshalb wünscht sich die SP-Fraktion für dieses Thema, für dieses heikle Thema etwas mehr Diskretion und möchte es als erledigt abschreiben. Vielleicht kann sich Christian Jucker ja als externer Berater bewerben und die Themen mit der nötigen Diskretion mit der Gemeindeverwaltung besprechen. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Christian Jucker!

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich danke, Noëmi, für dein Feedback. Ich glaube, das mit der Schulung möchte ich noch schnell aufgreifen. Das ist ein wichtiger Punkt. Was ich dazu aber sehr kritisch finde, ist, dass die Sicherstellung z. B. von der Datensicherheit, also von der Integrität, von der Vertraulichkeit oder Verfügbarkeit, wird dem Mitarbeiter übertragen. Es steht explizit, dass auf den Endgeräten die Mitarbeiter selbst für die Sicherheit der Daten sorgen müssen. Das ist eben da, wo man die Schulungen zu weit treibt, weil es nach Meinung nicht Aufgabe des Mitarbeiters sein kann, zu wissen, mit welchem Schlüssel sein Laptop verschlüsselt ist, oder wie er Daten transformiert, oder wie er auf einem USB-Stick Daten richtig verbreitet. Man treibt es dort mit den Ausbildungen etwas zu weit und versucht, die Last und Probleme, die man selbst nicht löst, auf die Mitarbeiter abzuschieben. Das kann es nicht sein.

Zur Diskretion: Dass der E-Mail-Zugang auf die eine Seite offen ist und auf die andere nicht, sieht jeder halbwegs begabte Mensch in zwei Minuten. Das ist nicht, dass man es ... das müsste er nicht einmal hier lesen. Wir sind nicht auf einem Niveau der Fragen, die wirklich sicherheitsrelevant sind. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Interpellant. Wir von der SVP-Fraktion sind froh um die Eingabe der Fragen, die du gestellt hast. Wir haben sie in der Beantwortung analog zu dir auch als sehr dünn erachtet. Jetzt kann man das mit dem Thema Vertraulichkeit regeln oder auch nicht. Wir sind überzeugt, es steht noch ein weiter Weg offen. Und zwar könnte man die Fragen gezielt weiterhin für eine vertiefte Beantwortung über die Geschäftsprüfungskommission an den Gemeinderat zur Beantwortung geben, wo sie dann im kleinen Rahmen im Detail beantwortet werden müssten. Ich glaube, das wäre auch das Richtige. Ich fand auch, für ein Thema, welches eine solche Wichtigkeit hat, nur die Beantwortung stehenzulassen, kann man machen. Ich finde, es hat nun auch nicht zwingend etwas mit Diskretion zu tun oder nicht. Ich hielte es für wichtig, du würdest es noch einmal über diesen Weg versuchen. Ich glaube, das wäre ein Mehrwert sowohl für die Kommission als auch für die Gemeinde. Das muss man dann auch nicht zwingend hier diskutieren.

Noch zum Folgenden: Eine Interpellation kann auch nicht aus vertrauenswürdigen Gründen abgeschrieben werden. Eine Interpellation wird einfach erledigt, nachdem sie beraten ist.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Falls keine weiteren Wortmeldungen mehr im Raum stehen, würde ich gerne abschliessen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Damit ist die Diskussion beendet, und § 50 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats der Gemeinde Allschwil sieht vor, dass mit der Beantwortung die Interpellation als erfüllt gilt, auch wenn nun wie vorliegend der Interpellant mit den Antworten natürlich nicht zufrieden ist. Sie gilt aber als erfüllt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4 (ehemals 3)

Postulat von Sandro Felice, Grüne, und Matthias Häuptli, GLP, vom 22.5.2024,
betreffend E-Bike Ladestation für Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4734

Stephan Wolf, Präsident: Deshalb frage ich nun den Rat: Liegt ein Gegenantrag vor, also ein Gegenantrag auf Nichtentgegennahme? Ich bitte Henry Vogt, seinen Antrag zu stellen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich stelle den Antrag auf Nichtentgegennahme.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, Danke schön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Muss ich es noch begründen? Oder gibt es eine Diskussion?

Stephan Wolf, Präsident: Das wäre vielleicht nicht schlecht, denn es gibt nun eine Diskussion.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Es gibt eine Diskussion?

Stephan Wolf, Präsident: Ja.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Dann kann ich es in der Diskussion bringen?

Stephan Wolf, Präsident: Du kannst es einfach auch gleich begründen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Okay, ich kann es gleich jetzt begründen, ist auch einfacher, weshalb wir für Nichtentgegennahme sind. Wir finden es ein ganz interessantes Postulat, welches sich mit den Ladestationen irgendwie überall selbst widerspricht, wenn ich die Begründung betrachte wegen der Reichweite usw. Zum Beispiel muss beim Pendeln an den Arbeitsort eine gewisse Distanz zurückgelegt werden. Ich halte es für lustig, dass die Ladestationen von Allschwil vor den Haustüren stehen und sie an den Arbeitsort pendeln, wo sie eigentlich dort stehen sollten, damit man dort laden kann und nicht in Allschwil. Denn das bringt nichts. Man lädt sie ja nicht, bevor man ins Geschäft fährt. Oder, ich gehe davon aus, dass das nicht der Fall ist, denn so weit fahre ich auch kein E-Bike. Deshalb bringt es nichts, wenn die Allschwilerinnen und Allschwiler die Ladestation vor der Haustüre haben, wenn sie das Ladegerät so einfach ausziehen und zu Hause laden können.

Die nächste Begründung, damit sie in der Freizeit natürlich weiterfahren können, finde ich auch lustig. Ich weiss nicht, ob man mit dem E-Bike vom Dorfplatz bis zum Lindenplatz fährt und es dort dann auflädt. Das ist, glaube ich, auch nicht Sinn der Sache. Wenn ich nun den Baselland-Tourismus mit den zwanzig Ladestationen betrachte, glaube ich, die weitest Entfernte liegt vor Olten, vor Olten liegt mit dem Velo 50 Kilometer. Entsprechend, so wie ich es im Internet gesucht und gelesen habe, reicht eine volle Ladung eines E-Bikes für zwischen 80 und 130 Kilometer. Ich weiss nicht, wie viele Allschwilerinnen und Allschwiler am Wochenende mit dem Velo Distanzen bis nach Olten zurücklegen und wieder zurück und schlussendlich das Velo wieder in Allschwil laden müssen. Wir von der SVP-Fraktion meinen, dass die Ladestationen nicht notwendig sind und es entsprechend auch nichts zu untersuchen und darüber zu berichten gibt. Deshalb sind wir für die Nichtentgegennahme. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Henry Vogt. So werden wir nun die Rednerliste nach § 75 des Geschäftsordnungsreglements verfahren, d. h. zuerst würden die Postulanten das Wort erhalten, anschliessend Gemeinderätin Biljana Grasarevic, anschliessend die allgemeine Rednerliste, also zuerst die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und danach jene, die sich in die Rednerliste haben eintragen lassen. In diesem Sinne frage ich jetzt: Möchte Sandro Felice oder Matthias Häuptli etwas dazu sagen? Das Wort hat Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Postulant ist bekanntlich nicht mehr im Rat, deshalb spreche ich nun in seiner Vertretung und als Mitunterzeichnender. Ich bin froh, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegennehmen will. Es geht darum, zu prüfen, was möglich wäre, was Sinn ergibt, wo mögliche Standorte sein könnten. Es ist auch offen,

wie viele Ladestationen es allenfalls sein müssten. Ich glaube, die Fragen, die mein Vorredner gestellt hat, kann man dann im Rahmen der Postulatsbeantwortung diskutieren. Man muss dazu sagen, ich selbst bin auch nicht jemand, der Distanzen fährt, für die man es aufladen muss. Die Leute, die es aber tun, kennen den Bedarf. Der Postulant ist auch einer von denen, die wissen, was es benötigt und über lange Distanzen pendeln. Es wäre doch eine Erleichterung, wenn man weiss, dass man an beliebiger Stelle aufladen kann, so wie es auch Tankstellen gibt und man sich nicht überall fragen muss, gibt es dort, wo ich hinfahre, eine oder nicht. Ich glaube, es wäre gut, es jetzt einfach zu überweisen. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Das Wort hat Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende. Wie bereits erwähnt, erachtet es der Gemeinderat als prüfenswert, und er wird die Details natürlich in den Bericht einbeziehen, falls Sie es heute Abend überweisen. Wir empfehlen, wie zuvor erwähnt, Entgegennahme des Postulats.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Nun wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe und die allgemeine Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten, Mehmet Can, bitten, die Rednerliste zu führen. Bitte meldet euch bei ihm.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Urs Pozivil, Sie haben das Wort.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion sind auch für Nichtentgegennahme dieses Postulats. Wir haben ein paar Bedenken. Einerseits gibt es viele unterschiedliche Ladetypenkabel. Dies wird in diesem Bericht auch dargestellt. Es gibt, wenn wir es richtig gezählt haben, elf verschiedene. Es ist nicht klar, wie es umgesetzt werden soll. Ist es einfach eine Steckdose, in die man einfach selbstständig sein Kabel einstecken kann, und wie ist es vorgesehen? Wir denken einfach, man muss es nicht überweisen, damit es überhaupt geprüft wird. Wir haben einfach das Gefühl, es gibt so viele Dinge, die nicht klar sind. Wie will man es regeln? Einerseits auch wie viele infrastrukturelle Bedürfnisse werden gebraucht? Deshalb sind wir innerhalb der FDP-Fraktion für die Nichtentgegennahme.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich finde es nun etwas schwach vom Gemeinderat, einfach zu sagen: Ja, überprüfen wir es mal, irgendein Nutzen Gewinn wird wohl dahinter sein. Es wäre nett, wenn wir auch erfahren würden, was der Gemeinderat wirklich denkt. Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Corinne Probst, Sie haben das Wort.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion ist ebenfalls für Nichtentgegennahme dieses Postulats. Wir sehen alleine aufgrund der Ladezeiten den Nutzen für eine solche Investition eigentlich nicht. Wir sind auch der Ansicht, dass die Reichweite eines Elektrovelos genügend gross ist, dass man sich vorstellen kann, dass es zu Hause aufgeladen wird und der Akku ausreicht. Wir haben uns wie offenbar die FDP-Fraktion auch die Frage gestellt, wie es dann mit den unterschiedlichen Ladetypenkabeln ist. Wahrscheinlich wird genau jenes, welches man benötigt, nicht vorhanden. Wir sind einfach der Ansicht, dass wenn wir wissen, wir fahren mit dem Elektrovelo eine längere Strecke, dass wir entweder sicherstellen, dass es genügend geladen ist oder halt das Ladekabel mitnehmen, welches man dann eben an Steckdosen wie sie z. B. im Wegmattenpark installiert sind, aufladen könnte. Danke.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Frau Miriam Schaub, Sie haben das Wort.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende. Ich danke meinen Vorrednern für die vielen, guten Argumente, die auch meiner Meinung nach genau dafürsprechen, dass man dieses Postulat überweist. Es steht ja drin, dass man es prüft und berichtet. Demnach genau diese Dinge, die ihr alle nun erwähnt habt, dass es unklar ist, wie es geregelt werden soll. Genau dies möchten wir, dass es dargelegt und angeschaut wird. Ich glaube, man muss schon auch sagen, Sandro Felice, der es eingegeben hatte, weiss ziemlich genau, weshalb er es getan hat, weil er es nämlich jeden Tag macht. Es gibt auch Leute, die von weiter, von Liestal oder vielleicht von noch weiter herkommen. Diese müssen vielleicht ihr Velo wieder laden. Sie wollen nicht, dass ihr

Ladekabel gestohlen wird usw. Genau für diese Probleme möchten wir aufgezeigt haben, wie man es lösen könnte. Vielleicht kommt auch heraus, dass man es nicht lösen kann. Es ist aber eben ein Postulat, er hat doch nicht gesagt, wir müssen es tun. Dies möchte ich schon noch einmal zu bedenken geben.

Das andere ist: Es ist mehr oder weniger, ich glaube, wir müssen auch fördern, dass mehr Leute mit dem E-Bike hier hinfahren, denn auf unseren Strassen hat es für noch mehr Autos keinen Platz. Jeder von euch weiss, wie viele Staus es manchmal gibt. Ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass man auch schaut, dass wir auf den Strassen irgendwie auch noch Platz haben.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Niklaus Morat, Sie haben das Wort.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe jemanden in der Familie, der an jedem Arbeitstag von Allschwil nach Dornach zur Arbeit fährt, und am Feierabend tatsächlich auch wieder zurück. Ich möchte zu bedenken geben, wenn wir in Allschwil sagen, ja, es ist doch nicht sicher, ob man es wirklich benötigt oder so. Wenn jede Gemeinde zwischen Allschwil und Dornach z. B. auf diese Weise denkt, gäbe es nirgends eine Ladestation, das wäre auch Mist. Die technischen Bedenken, welche die FDP und Die Mitte äusserten, wären eben gerade Fleisch für die Beantwortung dieses Postulats. Henry Vogt war sich nicht ganz sicher, wann man eine solche Batterie laden muss; wenn sie beinahe leer ist, wäre es noch gut. Vielen Dank.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben das Wort.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Die Grünen sagten mal über die GLP, sie sei eine Casino-Partei, man wisse nie, was man erhält, ob man Grün oder Liberal erhält. Dies ist nun auch ein solches Geschäft. Jetzt erhalten wir wieder Grün anstatt Liberal. Matthias Häuptli, Tankstellen hat es auch überall. Und da kommt der grosse Unterschied: Tankstellen, abgesehen von ein paar wenigen Bundestankstellen, sind nämlich von privaten Unternehmen. Genau das ist der Unterschied, weshalb es nicht der richtige Vorstoss ist. Das ist eine Infrastruktur, welche Private zur Verfügung stellen. Jetzt kommen wir wieder und wälzen Aufgaben an den Staat, die nicht zum Staat gehören. Genau solche Vorstösse wie hier im Kleinen sind am Schluss der Grund, weshalb unsere Gemeinden und Kantone in Zukunft immer mehr Schwierigkeiten mit ihren Finanzen haben, weil wir ihnen permanent Dinge, die nicht Staatsaufgaben sind, zuschanzen wollen. Es ist nicht Staatsaufgabe, Velotankstellen oder E-Tankstellen bereitzustellen. Es ist nicht die Aufgabe des Staats, tut mir leid. Auch, Niggi Morat, ist es nicht Aufgabe der Gemeinden, zwischen zwei Strecken Ladestationen für E-Bikes bereitzustellen. Wir laden den Gemeinden und den Kantonen immer mehr Aufgaben auf, die nicht ihre Aufgaben sind. Es ist genau das. Es ist Sache von Privaten, dass sie das Fahrzeug entweder schon bei sich zu Hause laden, oder es ist aufgrund der Parkplatzsituation im Interesse des Arbeitgebers, dass er es anbieten kann. Wenn es doch so lukrativ ist und alle es so wundervoll fänden, müssten wir doch dutzende Unternehmer haben, die genau dieses Geschäftsmodell anwenden würden und die Ladestationen zur Verfügung stellen?

Das Argument mit den Ladekabeln, die gestohlen würden: Dann stelle ich mir vor, Ladekabel der Gemeinde wird nicht gestohlen? Oder stelle ich mir eine Ladesäule mit 25 verschiedenen Kabeln daran vor? Es ist nicht Staatsaufgabe. Wir müssen endlich aufhören, permanent Aufträge an den Staat abzuwälzen, um uns dann zu fragen, wo das Geld hinfließt.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Niklaus Morat, zum Zweiten!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank. Staatsaufgabe oder nicht; eine Tankstelle ist auch keine Staatsaufgabe, und trotzdem subventionieren wir in der Schweiz die Mineralölindustrie und nicht mit wenig Geld.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe, die Rednerliste ist ... Entschuldigung, Herr Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Okay, es wird jetzt ein Volkssport, die Presse ignoriert mich, der Vize ignoriert mich, ich finde das ganz toll [Gelächter im Hintergrund]. Also, wieder zurück auf Boden kommen. Der Rat hat nun gezeigt, dass die meisten Parteien keine Ahnung haben, was man eigentlich will, worum es eigentlich geht. Wann lädt man eine Batterie? Nicht, wenn sie leer ist. Man sollte eine Batterie nicht weiter runter entladen lassen als auf 15 %, das weiss man eigentlich. Man sollte sie auch nicht mehr als 85 % aufladen, wenn man sie langlebig haben möchte. Weiss man eigentlich auch. Aber, das ist ja egal. Was ich Interessantes gehört habe, ist, die Leute sollen doch gefälligst zu Hause

laden, denn mit einem solchen Velo kommt man 130 Kilometer weit, wenn es vollgeladen ist. Autos fahren 400, 500 Kilometer weit?

Und ja, die Privaten unterstützen die Tankstellen, das ist absolut richtig, die Privaten. Ich bin ausnahmsweise, schon wieder ausnahmsweise, leider bereits erneut ausnahmsweise, mit Florian Spiegel einig, dass man nicht alles auf den Staat abdrängen sollte. Aber solche Ladestationen haben einen gewissen Platzbedarf. Für E-Cars, also für elektrische Autos, hat man öffentlichen Grund zur Verfügung gestellt, um die Säulen aufzustellen. Da muss eine gewisse *negotiation*, eine gewisse Verhandlung mit den privaten Organisationen stattfinden. Wenn etwas neu ist, dann muss man vielleicht auch private Organisationen einladen. Wir haben schon mehrfach hier in diesem Rat eingeladen, z. B. damit man Velos auf diesem Gebiet mieten kann, indem man einfach hinget, es aktiviert und los geht es. So etwas haben wir auch schon getan. Es ist auch nicht Staatsaufgabe, aber es braucht unsere Mitarbeit, sonst kann man es nicht tun. Wenn wir also all diese Fragen haben und den leichten Verkehr eigentlich aktivieren wollen, was natürlich nicht alle wollen, viele wollen ihre Autos auf breiten Strassen mit möglichst viel Durchsatz, dann ist es klar, dann muss man vielleicht mal schauen: Was würde es bedeuten, wenn ...? Wie weit möchte man gehen, dass ...? Wenn man es selbst finanzieren wollte, nicht müsste, sondern wollte, was würde es kosten?

Wenn man diese Überlegungen nicht anstellt, hat man womöglich genau diesen Punkt, wo man mehr Innovation abstellt. Wollen wir an etwas Neues denken? Nein, nein, das ist zu kompliziert und das wissen wir nicht und wir wollen es auch gar nicht wissen, und es kostet nur. Überhaupt lässt uns doch gleich gar nichts tun. Das kann es nicht sein. Irgendwo sollte man sich informieren und dann einen informierten Entscheid treffen, und nicht einfach einen aus dem Bauch heraus. Ich glaube nicht, dass es das braucht, er kann es gefälligst zu Hause laden, ist nicht professionell. Wir sind eigentlich dafür da, um es professionell zu machen. Also Informationen einholen und dann entscheiden! Danke schön.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Herr Florian Spiegel, zum Zweiten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Mark, du hast es richtig gesagt: Informationen, insofern bin ich mit deinem Votum einverstanden. Aber Niggi, zu dir muss ich gleichwohl etwas sagen. Wenn du hier sitzt und sagst, der Treibstoff würde subventioniert, dann ist das einfach eine haarsträubende Falschaussage. Du hast hier vorn wortwörtlich gesagt, er wird subventioniert. Das hast du gesagt, doch, du hast gesagt, wir subventionieren den Treibstoff. Das hast du zuvor wortwörtlich gesagt. Eine Subvention bedingt eine Geldleistung. Wir haben genau zwei, drei Dinge, die ausgenommen sind. Es sind etwas über 1,7 Milliarden, die der Bund Mindereinnahmen hat, weil er auf das Kerosin keine Steuer erhebt, er erhebt sie nicht. Aber er subventioniert sie nicht, er erhebt sie nicht. Punkt 1.

Punkt 2, und das ist auch keine Subvention, auf Pistenfahrzeuge und Bundesfahrzeuge, die teilweise in den Bergen unterwegs sind, wird ebenfalls, wie auch bei der Armee, keine Steuer erhoben. D. h. sie sind steuerbefreit. Aber auch dort gibt es keine Subvention. Mich nimmt Wunder, wo nachweislich der Bund Treibstoff subventioniert, damit man günstiger dazu kommt. Das Einzige, was einigermaßen, einigermaßen, in diese Richtung gehen würde, ist, wenn du den Vorschlag bringen willst, dass man bei den Steuern den Pendlerabzug geltend machen kann und deshalb die Steuererklärung weniger Einkommenssteuern aufweist. Das ist aber ein Steuerabzug, wenn man die Pendlerpauschale für ein Fahrzeug geltend machen will. Ansonsten gibt es keine Subventionen auf Mineralsteuern. Die Schweiz unterstützt seit zehn Jahren die Initiative weltweit, dass man keine Subventionen mehr auf Treibstoffe gewährt, in anderen Ländern wie Zentralafrika sehr stark und Russland. Die Schweiz selbst gibt keine Subventionen auf Treibstoff. Wenn es hier so ausgesagt wird, dann ist es schlichtweg eine Falschaussage, es tut mir leid.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich gehe mal davon aus, dass die Rednerliste jetzt erschöpft ist. Herr Mark Aellen? – Okay, Entschuldigung [*Gelächter im Hintergrund*]. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, ich danke Mehmet Can für das Führen der Rednerliste. Ich selbst habe mich offenbar bisher nicht daran gewöhnt, dass Sandro Felice gar nicht mehr hier im Rat ist. Ich bitte euch, meinem Fauxpas von vorhin mit Nachsicht zu begegnen. Wir kommen zur **Abstimmung zum Postulat 4734**. Wer das Postulat überweisen, also entgegennehmen möchte, möge bitte jetzt seine gelbe oder blaue Karte erheben. Danke schön. Wer nicht überweisen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Und Enthaltungen bitte jetzt erheben. Danke vielmals. Gut. Zwei haben offenbar nicht abgestimmt. Das Resultat aber ist eigentlich klar. Es fällt mir gerade ein, dass auch ich vergessen habe abzustimmen, ich werte dies dann als Enthaltung.

://:

Sie haben das **Postulat** mit 18 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **entgegengenommen**.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5 (ehemals 4)

Postulat von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend Smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic, Geschäft 4738

Stephan Wolf, Präsident: Somit stelle ich jetzt die Frage: Gibt es dazu einen Gegenantrag? Somit gebe ich das Wort an Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne den Antrag stellen, dass man das Postulat überweist und direkt abschreibt. Die Begründung dafür geben uns die Postulanten ja selbst. Im Papier steht schön, dass Allschwil bereits für LED-Lichter ausgerüstet ist. So sagt das Papier selbst auch, dass entsprechend das Ganze schon auf diese Weise gehandhabt wird. Es gibt bereits verschiedene Strassen, auf denen die Beleuchtung so funktioniert. Dementsprechend ist es nicht notwendig, weiterhin Untersuchungen durchzuführen. Insofern: überweisen und direkt abschreiben! Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gibt es weitere Anträge? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich erstens fest, dass das **Postulat überwiesen** wurde, also vom Gemeinderat entgegengenommen wurde. Wir kommen zum zweiten Antrag von Henry Vogt, also nicht zum zweiten, sondern zu seinem eigentlichen Antrag, dass man das Postulat sogleich als erledigt abschreiben soll. Wer dem ... – Moment schnell. Ja, das ist richtig. Ich wurde gerade darauf aufmerksam gemacht. Laut § 45 Abs. 3^{bis} kann der Gemeinderat die direkte Abschreibung beantragen. Dann muss er es aber auch schriftlich begründen. Und eine solche schriftliche Begründung liegt nicht vor. Deshalb, Henry Vogt, ich empfehle dir, ... – Ja, Florian Spiegel!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Punkt 1: Jetzt hatten wir eben gerade zwischen Exekutive und Legislative eine Einmischung. Punkt 2: Das ist richtig, Herr Einwohnerratspräsident, aber dies bezieht sich auf den Antrag des Gemeinderats und nicht auf den Antrag aus dem Rat. Der Einwohnerrat kann sehr wohl über einen Ordnungsantrag eine Abschreibung verlangen und auch darüber abstimmen lassen, das ist das Richtige und wäre zudem jetzt auch plötzlich ein Entgegenlaufen zu einer Praxis, die wir hier auch schon hatten. Es ist nicht der erste Vorstoss hier, der auf Antrag aus dem Einwohnerrat abgeschrieben werden würde. Dass der Gemeinderat sich jetzt hier einmischt, geht schon mal gar nicht. Der Gemeinderat hätte den Antrag auf Abschreibung schriftlich begründen müssen. Der Antragsteller des Ordnungsantrags, Henry Vogt, hat seine Begründung mündlich gehalten, weshalb er abgeschrieben gehört. Das ist sehr wohl eine gängige Praxis und kann getan werden. Entschuldigung, ich finde das, was da vorn geschehen ist, jetzt sehr grenzwertig.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, wenn ich mir § 79 des Geschäftsreglements anschau, Ordnungsanträge. Man kann beantragen: Verschiebungen von Beratungen, Überweisung eines Geschäfts an eine Kommission, Rückweisung von Berichten nach beschlossenem Eintreten, Schluss der Rednerliste, Rückkommen auf gefasste Beschlüsse und Unterbrechung oder Beendigung der Ratssitzung. Dass man direkte Abschreibung beantragen kann, steht nicht drin. Siehst du das anders, Florian?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich sehe es, ja, ich sehe es anders, wie es alle Einwohnerrat*innen anders sehen können. § 79, Ordnungsanträge: «1. *Ordnungsanträge betreffen das Beratungsverfahren und lauten z. B. auf ...*» Diese Diskussion führten wir hier während der Reglementsüberarbeitung. Und «z. B. auf» steht drin, weil es keine abschliessende Aufzählung ist. Deshalb haben wir das «z. B.» auch drinstehen lassen, weil nämlich der Rest, der unter den Einwohnerrat gehört, somit als Antrag gestellt werden kann, und man keine abschliessende Aufzählung wollte. Und 2. betrifft dann nur noch die Handhabung, wenn ein Ordnungsantrag gestellt wurde. Es ist keine abschliessende Formulierung. Der Einwohnerrat wollte dies damals explizit nicht, deshalb steht auch «*lautet z. B. auf*». Weil wir auch andere Ordnungsanträge hier hatten, die auch nicht aufgezählt gewesen sind, über diese hatten wir abgestimmt und die sind auch durchgekommen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön. Dann gebe ich das Wort an Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich finde nun diese Diskussion und vor allem auch den Antrag ziemlich absurd. Ich meine, es ist ein sinnvolles Instrument, dass der Gemeinderat ein Postulat quasi kurz beantworten und dem Rat beantragen kann, dass es damit sogleich abgeschrieben werden kann. Dies hat er aber in diesem Fall nicht getan, sondern er hat die Entgegennahme beantragt und uns keine Begründung und keine Prüfung mehr oder weniger schriftlich dargelegt. Es ist grotesk, wenn man damit ein Postulat als erfüllt abschreiben will, dass der Gemeinderat sagt, ja, wir möchten es entgegennehmen. Es ist nicht erfüllt. Damit führen wir uns ja selbst ad absurdum. Wir haben dies notabene auch noch nie getan. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, ich möchte mir nicht anmassen, darüber alleine zu entscheiden. Deshalb bringe ich nun den **Antrag von Henry Vogt** gleichwohl zur **Abstimmung**. Dann muss nun mal der Gesamteinwohnerrat entscheiden, ob der Antrag zulässig ist, was er dann macht, wenn er ihm zustimmt. Wenn er abgelehnt wird, erübrigt sich die Diskussion ohnehin. In diesem Sinn, wer dem Antrag von Henry Vogt zustimmen möchte, möge jetzt bitte die Abstimmungskarte erheben. Wer den Antrag ablehnen möchte, bitte jetzt die Karte erheben. Danke vielmals. Enthaltungen, bitte jetzt. Danke vielmals.

://:

Sie haben den **Antrag** von Henry Vogt mit 10 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Damit ist das **Postulat** von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz vom 11. Juni 2024 **überwiesen**.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6 (ehemals 5)

Postulat von Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend Veloplan für Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4739

Stephan Wolf, Präsident: Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall. Dann ist ... – Andreas Bammatter, ja!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Präsident. Ich kann Ihnen einfach sagen, wir sind bereits daran, und zwar schon seit Jahren, zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt, dass man natürlich das Verkehrsnetz ständig beobachtet. Sie sehen an den verschiedenen Farben, es gibt verschiedene Hierarchien. Ich möchte dies einfach als Information geben. Wir werden in Kürze damit kommen, weil es ein wichtiges Thema ist. Deshalb fand ich, ich zeige euch schnell, dass bereits Vorarbeiten gelaufen sind. Ich bin froh, dass sie jetzt das Postulat überwiesen haben. Besten Dank.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Eigentlich gibt es keine Diskussion, wenn es entgegengenommen wird, aber ich nehme dies nun als Information entgegen.

Stephan Wolf, Präsident: Wir kommen zu Traktandum 7, das seine Nummer unverändert behalten hat.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, vom 20.9.2024, betreffend
Fahrrad-Sicherheit Baslerstrasse

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4750

Stephan Wolf, Präsident: Somit findet nun eine Diskussion statt. Sie richtet sich auch wieder nach § 75 des Geschäftsreglements. Die Reihenfolge sieht so aus, dass zuerst Martin Imoberdorf als Postulant das Wort erhält, anschliessend Gemeinderat Andreas Bammatter, schliesslich die Fraktions-sprecherinnen und -sprecher und die allgemeine Rednerliste. Somit erteile ich das Wort zuerst Martin Imoberdorf.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Ich würde das Wort zuerst Andreas Bammatter überlassen.

Stephan Wolf, Präsident: Dies ist selbstverständlich möglich, und ich gebe das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Wie Sie gesehen haben, ist die Baslerstrasse in einem miserablen Zustand. Es hat sich ergeben, dass man jahrelang nichts gemacht hat. Nun ist es aber so, die Baslerstrasse ist eine Kantonsgeschichte. Deshalb hat der Gemeinderat auch entschieden, es nicht entgegenzunehmen. Man hätte vielleicht, im vorhergehenden Fall ist es doch besprochen, entgegennehmen und gleich abschreiben sollen und sagen, es ist Sache des Kantons. Jetzt besteht Nichtentgegennahme, weil wir jetzt wissen und dies sehen Sie auch, dass Ende November bis im Dezember der Trambetrieb eingestellt wird, damit man die Geleise entsprechend wieder auf Vordermann, Vorderfrau bringen kann. Gleichzeitig aber auch den Teil der Strasse so saniert, damit, wenn es Winter wird und allenfalls Eis bilden könnte, der Belag nachher wieder auch für die fahrenden Personen, die nicht im Tram sitzen, sondern auf dem Velo, dem Mofa oder mit dem Auto keine Unfälle verursachen. Somit ist es begründet. Wir hoffen, dass der Kanton wie versprochen zeitgerecht nun diesen Monat beginnt, die Strasse zu sanieren.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Andreas Bammatter. Ich frage nun trotzdem noch schnell den Postulanten an, bevor wir die allgemeine Rednerliste eröffnen, ob er zu seinem Postulat noch etwas sagen möchte.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Es freut mich sehr, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit erkannt hat und es so darlegt. Der Zustand ist wirklich sehr schlecht, und ich bin sehr froh, dass es zeitnah behoben wird. Andreas Bammatter hat es zuvor erwähnt, grundsätzlich fände ich nun in diesem Fall die Möglichkeit, es zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben, eigentlich sinnvoll. Da ja zum Ausdruck kam, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit wirklich erkannt hat. Aber ich denke, ich kann mit dieser Antwort ausgezeichnet leben und nachvollziehen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Es würde eben ein schriftlicher Bericht des Gemeinderats voraussetzen, dass er gleich die Abschreibung beantragen könnte. Dieser liegt nicht vor. Somit gehen wir nun über zu den Fraktionssprecherinnen und -sprecher und zur allgemeinen Rednerliste. Ich möchte den 1. Vizepräsidenten bitten, die Rednerliste entsprechend zu führen. Meldet euch bitte bei ihm.

Mehmet Can, 1. Vizepräsident: Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit wäre die Rednerliste bereits erschöpft.

Stephan Wolf, Präsident: Dann kommen wir nun zur **Abstimmung** über die Überweisung des Postulats. Wer das Postulat von Martin Imoberdorf, Fahrradsicherheit Baslerstrasse, überweisen möchte, möge nun bitte seine gelbe oder blaue Karte erheben. – Ehm, Martin Imoberdorf, ja, Entschuldigung.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Ja, ich denke, ich kann es eigentlich zurückziehen. Ich glaube, wir können es uns ersparen, darüber abzustimmen, wenn es nicht zu spät ist.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, dann stelle ich fest, dass das **Postulat zurückgezogen** wurde. Somit schlage ich vor, wir haben nun halb acht Uhr. Die Traktandenliste ist eigentlich erschöpft. Wir haben aber nachher noch das Info-Fenster und die Fragestunde. Bevor wir dies angehen, machen wir vielleicht trotzdem noch zehn Minuten Pause.

PAUSE

Stephan Wolf, Präsident: Wie ich sehe, muss ich Sie gar nicht mehr bitten, Platz zu nehmen, weil Sie alle schon Platz genommen haben. Dann fahren weiter und beginnen zunächst mit dem

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Mir hat Gemeinderätin Biljana Grasarevic bereits gesagt, dass sie für uns alle Informationen hat.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende. Zum Projekt *Natur im Siedlungsraum* kann ich informieren, dass bei der Villa Guggenheim die Aufwertung der Grünflächen abgeschlossen ist. Danke.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön. Gibt es weitere Informationen vom Gemeinderat? Christoph Morat, bitte.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann insofern im Rahmen des Info-Fensters informieren, dass die Wiederinstandstellungsarbeiten auf dem Dürrenmattspielplatz auf Seite Baselmattweg weitgehend abgeschlossen sind, inklusive der Finnenbahn, die man dort auch wieder instand gestellt hat. Demnächst kann man sie auch wieder benutzen. Im Augenblick ist die Grasfläche noch abgesperrt, sie wurde angesät, man sollte etwas vorsichtig sein. Einfach, dass der Einwohnerrat es mal gehört hat, die Flächen stehen der Öffentlichkeit bald wieder voll zur Verfügung.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Gibt es noch weitere Informationen vom Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir über zur

FRAGESTUNDE

Mir sind fünf schriftlich eingereichte Fragen bekannt. Ich habe versucht, sie nach Datum zu sortieren. Eine Frage hat Lucca Schulz. Ich möchte dich gleich bitten, die Frage noch einmal mündlich zu stellen.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Meine Frage lautet: Vor dem Hintergrund der Schulraumplanung wurde dem Einwohnerrat ein Bericht zugestellt. Betreffend Finanzierung werden darin, was die Steuereinnahmen und Investitionstätigkeiten angeht, verschiedene Szenarien genannt. Meine Frage ist: Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung bis jetzt ein, falls möglich, also in welchem Szenario von diesen drei, meine ich sind es, befinden wir uns jetzt, soweit er es beantworten kann?

Stephan Wolf, Präsident: Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Lucca Schulz. Der Gemeinderat versteht das Interesse an der Sondervorlage Schulraumplanung. Dennoch bittet er den Einwohnerrat, noch ein wenig Geduld zu haben, weil die Sondervorlage jetzt und die Beantwortung der Vorstösse aktuell in der KBU und der FIREKO bearbeitet werden. Sobald diese Berichte vorliegen, wird das Geschäft im Einwohnerrat behandelt. Der Gemeinderat wird dann gerne alle Fragen beantworten. Jetzt einzelne Fragen zu beantworten, hält der Gemeinderat die Fragestunden eigentlich als das falsche Gefäss und bittet vorerst auf weitere Fragen zu verzichten.

Aber es ist natürlich nicht so, dass wir es gar nicht beantworten. Und zwar kann ich es mal so beantworten: Die vom Kanton veröffentlichten Ertragsprognosen 25–29 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tragbarkeitsanalyse nicht vor. Die Ertragsprognosen fallen leicht optimistischer aus. Es ist jedoch zu beachten, dass für die Tragfähigkeit nicht alleine die Ertragsseite berücksichtigt werden kann. Das Budget 25 und der Finanzplan 25–29 haben gezeigt, dass auch mit zusätzlichen Kosten zu rechnen ist, insbesondere in den bekannten Bereichen Personal, Bildung, Alter und Asyl. Auf eine Neubewertung der Tragbarkeitsanalyse, der Tragbarkeit, wurde bewusst verzichtet. Grundsätzlich ist aber der Gemeinderat bezüglich der finanziellen Herausforderungen, welche im Kontext der Schulraumplanung auf die Gemeinde zukommen, verhalten optimistisch.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Lucca Schulz an, ob seine Frage beantwortet ist. Gut, danke vielmals. Eine weitere Frage wurde von Mark Aellen schriftlich gestellt. Da geht es um die Bäume am Lindenplatz. Mark Aellen, ich würde dir gerne das Wort erteilen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Der Niedergang der wunderbaren Zeder in der Wachtelstrasse hat bei mir diese Frage stimuliert. Wir haben beim Lindenplatzprojekt, Stand ... sorry, die Zustandsmeldung dieser Bäume mitbekommen und gesehen, dass sie sehr schlecht gepflegt waren. Deshalb lautet meine Frage an den Gemeinderat jetzt: Was hat er unternommen, also natürlich nicht er selbst? Was wurde unternommen, um den Zustand dieser Bäume wieder zu verbessern? Falls nichts unternommen geworden wäre, weshalb nicht?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich kann das Wort an Gemeinderat Christoph Morat erteilen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Mark Aellen, danke vielmals für diese Frage. Das wäre noch das Beste, wenn der Gemeinderat selbst auf die Bäume klettern würde. Nein, dafür haben wir unsere Fachleute. Unsere Fachleute haben sich das Gutachten von März 2023 natürlich zu Herzen genommen. Im November 2023 wurden am Lindenplatz bei den zwei Silberlinden, das sind die vorderen zwei Richtung Baslerstrasse, umfassende Baumpflegemassnahmen vorgenommen, um den Gesundheitszustand des Baumes nachhaltig zu verbessern und wenn möglich, die Lebensdauer zu verlängern.

Die Arbeiten wurden von einer Fachfirma Baumpflege Schötzau aus Ettingen ausgeführt. Sie haben gezielte Entlastungsschnitte sowie einen Kronenrückschnitt vorgenommen, was auf eine Verringerung des Kronenüberhangs und Anregung eines stabilen, gesunden Wachstums abzielte. Die Bevölkerung wurde im Vorfeld über die Pflegemassnahmen informiert und die Gemeinde steht auch für weitere Fragen und Anliegen gerne zur Verfügung. Wir sind immer daran interessiert, die Bäume in einem guten Zustand zu halten. In der Vergangenheit wurde dies vielleicht ein wenig vernachlässigt, aber jetzt hat man das Baumpflegekonzept dieser beiden Firmen, es waren zwei Firmen, die ein Gutachten erstellt haben. Das nimmt man sehr ernst, weil uns liegt wirklich auch etwas daran, dass die Linden so lange wie möglich leben können und, ich habe es, glaube ich, an der letzten Einwohnerratssitzung erwähnt, man muss den alten Bäumen eine gute Residenz bieten, indem man den Boden noch entsprechend behandelt. Dies wäre eigentlich der Fall, wenn man den Lindenplatz so umsetzen könnte, wie wir es geplant haben. Das war der Werbespot. Ich hoffe, die Antwort ist zufriedenstellend.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Fragen wir doch Mark Aellen direkt.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die Antwort ist zufriedenstellend, und ich hoffe, dass es nicht wieder einen Zwischenfall braucht, um das Konzept wirklich kontinuierlich umzusetzen. Ich hoffe, es wird auch nicht nur diese zwei Bäume betreffen, sondern auch andere Bäume, die auf der Gemeinde stehen. Die Hoffnung ist immer noch, dass wir ein Inventar haben, dass wir alle diese Bäume schützen, damit nicht dasselbe passiert wie mit dieser Zeder. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke auch. Wir haben eine weitere Frage von Noëmi Feitsma. Da geht es um das Rechtsinstitut des Behördenreferendums. Ich erteile Noëmi Feitsma sogleich das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Vielen Dank. Geschätzte Anwesende. Im System unserer wunderbaren direkten Demokratie ist das Minderheitenreferendum oder Behördenreferendum aus unserer Verfassungstradition nicht wegzudenken. Gleichzeitig bringt es auch die Gefahr, dass der Einwohnerrat die politische Verantwortung auf die Stimmberechtigten abwälzt. Wie ihr alle wisst, wurde nun in Allschwil zum dritten Mal in Folge ein Behördenreferendum ergriffen. Aus welcher Motivation das geschehen ist, ob es einfach im Trend liegt oder politische Opportunität oder eben, weil man Verantwortung abschieben möchte, kann ich nicht beurteilen. Was mir aber klar ist, dass es der Verwaltung immer zusätzlichen Mehraufwand und Kosten verursacht. Daher kommt meine Frage: Wie viel kostet unseren Steuerzahlern ein Behördenreferendum?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Ich glaube, ich kann das Wort an Gemeindepäsident Franz Vogt erteilen.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Liebe Noëmi, vielen Dank für diese Frage. Also ein Extratermin würde 38'000 Franken kosten, und zwar aufgeteilt auf die Kosten von internen Personalaufwänden 3'700, Postgebühren 11'000 Franken, Wahlbüro 11'000 Franken, Verpackung 4'000, Couverts und Stimmrechtsausweise 5'000 Franken, Plakate 3'100 Franken. Das geht nun nicht ganz auf, [*lacht*] aber ca. 38'000.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Noëmi Feitsma an, ob diese Antwort zufriedenstellend ist.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Ja, vielen Dank, Franz Vogt.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann kommt eine weitere Frage von Martin Imoberdorf. Da geht es um eine Kneipp-Anlage, resp. um einfache Wassertretanlage. Ich gebe das Wort an Martin Imoberdorf.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Danke schön. Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Das Geschäft 4692, bei dem es um eine Kneipp-Anlage ging, wurde bekanntlich vom Gemeinderat als teuer eingestuft. Ich nehme noch einmal einen Anlauf und möchte den Gemeinderat anfragen, ob es denkbar wäre, auf der Plumpi eine einfache Wassertretanlage einzurichten. Aus meiner Sicht ist es kostengünstig und einfach möglich. Ich finde, es würde – ich habe auf der Homepage gesehen, es ist ein Generationenspielplatz – der Gemeinde gut anstehen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Wem darf ich das Wort erteilen? Ich gebe das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic.

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende. Ich danke Einwohnerrat Imoberdorf für diese Frage. Der Gemeinderat findet die einfache Wassertretanlage eine gute Idee. Wir können uns das vorstellen. Aber um konkret auf Ihre Frage einzugehen, ob man es errichten kann oder ob es errichtet werden kann: Für eine solche Installation im Bach wären das Bundesgesetz im Gewässerschutz, dann weitere Vorschriften zum Bauen ausserhalb der Bauzone und das kantonale Wasserbaugesetz betroffen. Deshalb bräuchten wir für weitere Abklärungen einen konkreten Auftrag von Ihnen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Biljana Grasarevic. Ich frage Martin Imoberdorf an, ob seine Frage damit beantwortet ist.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Die Frage ist beantwortet und ich werde es gerne machen.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Dann ist noch eine fünfte schriftliche Frage eingegangen. Sie ist noch heute von Miriam Schaub eingegangen. Da geht es um den Elco Park. Bitte, Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Vielen Dank. Meine Frage ist die Folgende, oder der Hintergrund meiner Frage ist, dass immer wieder Menschen, die durch den Elco Park gehen oder dort entsorgen wollen, von Bewohnern und Bewohnerinnen von dort angesprochen werden. Es wird gesagt,

es sei ein Privatweg und die Sammelstelle sei privat oder die sei auch gross mit „private Sammelstelle“ angeschrieben. An jedem Ecken steht auch, es sei ein Privatweg. Deshalb meine Fragen: Ist es richtig, dass es sich beim Elco Park um eine öffentliche Sammelstelle und um einen öffentlichen Durchgang handelt und dass es eine Voraussetzung war, dass man dort überhaupt bauen durfte? Ist es im Quartierplan so verankert?

Dann möchte ich gerne noch wissen, sind alle Wege dort öffentlich? Denn es wird gesagt, man dürfe aber nur dort durchgehen. Es steht aber überall, man darf nicht. Meine dritte Frage: Ist der Gemeinderat bereit, darauf hinzuwirken, dass die Privatschilder entfernt werden?

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort Gemeindepräsident, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Liebe Miriam, Danke schön für diese Frage. Zum öffentlichen Wegrecht ist es so, dass eine der Wege als öffentlicher Weg vermerkt ist. Das ist auch im Grundbuch zugunsten der Gemeinde Allschwil eingetragen. Die Wertstoffsammelstelle ist in einem Vertrag mit dem Elco Park so geregelt, dass die Sammelstelle öffentlich ist. Die Verwaltung wird also noch einmal auf den Elco Park zugehen, damit die besagten Privatschilder dort, wo sie unberechtigt sind, entfernt werden.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich frage Miriam Schaub an, ob ihre Frage beantwortet ist. Das ist der Fall. Dies wären erst mal die schriftlichen Fragen gewesen. Man kann natürlich auch mündliche Fragen stellen. Florian Spiegel hat mir bereits gesagt, dass er drei Fragen hat. Danach noch Mark Aellen und Simon Trinkler. Florian Spiegel, bitte!

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Vielen Dank. Ich beginne mit der Ersten, weiss aber nicht genau, offen gestanden, welchen Gemeinderat es betrifft. Meine Frage ist: Bei der Steinbühlallee wird schon seit Längerem die Strasse saniert, weil Basel-Stadt die Kanalisation macht, das Gas macht und ihre Strom- und ihre Wasserleitung macht. Danach wird die Strasse auf 60 cm abgetragen und grundlegend neu aufgebaut. In derselben Strasse laufen die Leitungen von Allschwil, ebenfalls Strom und ebenfalls Wasser. Auf meine Nachfrage, weshalb sie nicht mitsaniert wurde oder mitsaniert wird, war die Antwort von Basel-Stadt oder von den entsprechenden Stellen, weil die Gemeinde Allschwil dort keinen Handlungsbedarf sieht. Mir sind aber sehr wohl immer die Worte unseres Finanzkommissionspräsidenten im Ohr, wenn es genau um das Thema Spezialfinanzierungen geht und das Thema, dass wir dort einen Stau haben, und immer den Vermerk drauf, dass wir selbst nicht können, also momentan Probleme haben, es intern stemmen zu können.

In Basel-Stadt gibt es ein externes Büro, die stellen es nun komplett fertig und knallen den Belag wieder darauf und Allschwil hat die zwei alten Leitungen darunter. Meine Frage ist: Weshalb ist es nicht möglich, dass Allschwil auf den Zug aufspringt und Kosten tragen muss für den Leitungsersatz, wenn alles andere bereits getan wird und die Chance nicht nutzt und am Schluss einen neuen Deckel legt? Ausser natürlich, die Leitungen wären nur 20 Jahre alt, dann hätte ich ein gewisses Verständnis. Meiner Meinung nach ist dies aber nicht so.

Stephan Wolf, Präsident: Wem von den Gemeinderäten darf ich das Wort erteilen? Dann gebe ich das Wort an Gemeinderätin Biljana Grasarevic – oder, in diesem Fall Gemeindepräsident Franz Vogt, bitteschön.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Es ist eigentlich egal, wer etwas sagt. Denn, ich glaube, wir müssen es zuerst abklären. Ich gehe schwer davon aus, dass es abgeklärt wurde und die Antwort gewesen war, dass sie noch in gutem Zustand sind. Ich kann es aber nicht mit Sicherheit so sagen. Ich nehme diese Frage mit, und wir klären es ab.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Du hast, glaube ich, noch zwei weitere Fragen, Florian Spiegel?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Bei der zweiten Frage geht es um das Thema Schulraumplanung und Schulhaus. Dazu liegt nun das Geschäft vor. Meine erste Frage ist: Haben die betreffenden Vorlagen, die der Gemeinderat in die KBU gegeben hat, alle Einwohnerräte erhalten? Erste Frage.

Stephan Wolf, Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen? Im Zweifel dem Gemeindepräsidenten, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ja, Nicole Müller hat es wie üblich an alle verschickt. Und zwar, hat man es am nächsten Morgen nach der Bürositzung, an der ich teilgenommen habe – was ja nicht allen passt, Entschuldigung für diesen kleinen Seitenhieb, ich aber nicht so viel Einfluss genommen habe, aber alles gut – allen Einwohnerräten verschickt. Das war noch der Tag, bevor wir die Medienmitteilung verschickt haben. Denn bekanntlich haben wir ja am Mittwoch Gemeinderat. Dort hat man sie finalisiert, hat die Medienmitteilung den Einwohnerräten und den Mitarbeiter zugestellt und ein bis zwei Stunden später der Presse. Und ja, natürlich auch dem Schulrat. Wir haben die Sondervorlage auch dem Schulrat und dem Musikschulratspräsidenten, je dem Präsidium zugestellt. Falls etwas nicht geklappt haben sollte, wäre es sicher am besten, wenn du dich mit Nicole Müller in Verbindung setzen und deine E-Mail-Adresse mit ihr abgleichen würdest.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Dann noch die dritte Frage von Florian Spiegel, bitte.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank für diese Ausführungen, denn ich hatte lediglich die Information, dass sie an die KBU- und FIREKO-Mitglieder versandt worden sind. Daher meine Nachfrage, dass es alle erhalten habe. Darüber bin ich sehr froh. Dann ist gleich meine Frage zweiter Natur oder eine Frage 2: Weshalb wird nicht generell ein Geschäft, wenn es vom Gemeinderat verabschiedet ist, so zugestellt, dass alle Einwohnerräte nach dem Gemeinderatsbeschluss im Besitz dieser Dokumente sind? Denn dann ist es öffentlichkeitswirksam erledigt. Und, weshalb ist nun z. B. auch bei diesem Geschäft, wenn wir nun 4720 nehmen, wenn ich auf der Gemeindeverwaltungsseite unter Geschäftssuche diese Nummer eingebe, das Geschäft nicht abgelegt? Ich meine, dass es spätestens zum Zeitpunkt nach der Medienmitteilung jedem Bürger in dieser Gemeinde zusteht, auf die Unterlagen zuzugreifen, denn diese wurden in der Sitzung beschlossen und können somit auch nicht mehr durch den Gemeinderat nachträglich geändert werden. Aufgrund des Öffentlichkeitsrechts und Informationsprinzips wäre es richtig, dass nun jeder Allschwiler und jede Allschwilerin dieses Geschäft und diese Vorlage heute anschauen und sich auch seine Meinung bilden kann. Deshalb meine Frage: Weshalb ist es bislang nicht aufgeschaltet und weshalb kann man nicht alle Geschäfte immer so, wie es eigentlich vom Gesetzgeber angedacht wäre, abbilden?

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön. Ich gebe das Wort wieder Gemeindepräsident, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Der Ablauf ist so: Wenn es vom Gemeinderat verabschiedet ist, geht es zuerst ans Büro. Und das Büro ist zuständig für die Traktandierung und das Büro kann entscheiden, nimmt es etwas auf die Traktandenliste oder nimmt es nichts drauf. Vor allem überweist es etwas an eine Kommission oder bringt es direkt in den Rat. Es sind eure Kommissionen, die es anschauen wollen. Ich meine, es ist nichts als korrekt, dass Sie es zuerst haben und es dann auch auseinandernehmen, sobald dann die Kommissionsberichte vorliegen. Ich meine, der Gemeinderatsbericht alleine wäre eine unvollständige Information für die Bevölkerung. Sonst würde ich dir sagen, es macht nicht viel Sinn, dass eine Kommission sich die Mühe macht und Berichte schreibt. Ich habe hier aus den vergangenen Jahren einen anderen Eindruck erhalten. – Nein, Spass beiseite. Es sind doch in der Regel wirklich hervorragende Berichte der Kommissionen. Gerade in letzter Zeit ist der Einwohnerrat mehr der Empfehlung der Kommission als der Empfehlung des Gemeinderats gefolgt. Was natürlich sein gutes Recht ist. Was aber zeigt, wie wichtig die Kommissionsberichte tatsächlich auch sind. Wenn man es anders machen wollte, meine ich, aber – ich gebe mich nun auf juristisches Glatteis – müsste man das Einwohnerratsreglement umschreiben. Wir vom Gemeinderat sind überzeugt, dass dieser Ablauf, wie er seit Jahren, vermutlich Jahrzehnten gelebt wird, seinen Sinn hat.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich glaube, Florian Spiegel hat noch eine letzte Frage?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Also, nun die Nachfrage jetzt, ja, richtig, danke vielmals. Die Frage ist betreffend Ablauf im Büro beantwortet. Die Frage, weshalb es nicht auf der Webseite aufgeschaltet ist, ist nicht beantwortet. Ich kann wahrscheinlich meine Antwort so halbwegs selbst zusammenschustern und frage in diesem Fall nach den Ausführungen des Gemeindepräsidenten umgekehrt: Aufgrund, dass der Regierungsrat am Tag nach der Regierungsratssitzung die Beschlüsse, die er gefällt hat, öffentlich stellt, damit sie jedem Bürger zugänglich sind, bevor sie in einer Kommission sind, geht also der Gemeindepräsident der Gemeinde Allschwil von der Annahme aus, dass der Regierungsrat nicht vollständig arbeitet, weil er die Kommission nicht abgewartet hat? Das wäre die Frage.

Stephan Wolf, Präsident: Franz Vogt, bitte!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ich masse mir sicher nicht an, ein Urteil über den Regierungsrat anzustellen. Wie erwähnt, möchte ich mich hier nicht juristisch aufs Glatteis begeben. Wenn man es anders will, kann man es sicherlich anschauen und anders machen. Dies können wir hier sicher nicht ad hoc entscheiden. Dies sind Fragen, die juristisch abgeklärt werden müssten.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. – Ja, Entschuldigung, ich war offenbar vor-eilig.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Entschuldigung, nein. Florian hat bei der letzten Frage noch wegen der Nummer gefragt. Dies werde ich natürlich bei Nicole Müller noch nachfragen, wann die Nummer quasi auf der Webseite ist, wie es bis jetzt gemacht wird.

Stephan Wolf, Präsident: Gut, danke vielmals. Florian Spiegel, sind deine Fragen damit beantwortet, oder? Gut, danke vielmals.

Stephan Wolf, Präsident: Dann gebe ich das Wort Mark Aellen und anschliessend Simon Trinkler.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin einmal mehr über die Haltung des Gemeinderats erstaunt. Wir hatten zuvor die Frage zum Elco Park. Es ist eine Frage, die hier öfter diskutiert wird. Es ist absurd, wie oft hier diskutiert wird. Wir erhalten nun dieselbe Antwort wie beim letzten Mal. Wir geben der Verwaltung den Auftrag, dass sie nicht der Elco Park-Verwaltung ist, sprich, die Schilder entfernt. Ich wohne dort. Die Schilder wurden nie entfernt. Also ist meine Frage nun an euch: Hat die Verwaltung zu wenig Personal, dass sie es endlich in Angriff nehmen kann oder ist der Elco Park dermassen unkooperativ, dass sie es endlich umsetzen?

Stephan Wolf, Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen? Gut, Gemeinderat Philippe Hofmann hat das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich weiss nicht, wie ich zu dieser Frage komme, wie die Jungfrau zum Kind, aber wenn es gewünscht ist, sage ich gerne etwas dazu, ich habe heute bisher nicht sehr viel gesagt. Das Geschäft ist lustigerweise mehrfach hier, es ist richtigerweise festgestellt, das ist klar. Ob es etwas ist, was im Einwohnerrat breit diskutiert werden muss, ist eine andere Frage. Fakt ist, solange ich dieses Ressort zuvor hatte, wurde es unter „Umwelt“ entgegengenommen, weil es etwas betreffend Entsorgung war. Es ging darum, dass sichergestellt wird, dass man aus dem Perimeter, der definiert ist, auch die Entsorgung vornehmen darf. Dies wurde der Verwaltung des Elco Parks mitgeteilt, und bis dahin war das Geschäft fertig. Alles, was die Wegrechte und die Wegsachen anbelangt, war nie Gegenstand dieser Sache. Es sind zweierlei mit den Schildern und den Privatsachen. Es muss einfach sichergestellt sein, dass man es dort machen darf. Um es noch einmal zu sagen: In der Vergangenheit war es sonnenklar; es ist im QP so festgelegt, und man darf es. Es ist keine private Angelegenheit. Über das, was die Personalsituation angeht und was sonst noch alles getan werden muss, kann ich leider keine Auskunft geben.

Stephan Wolf, Präsident: Gemeinderat Christoph Morat möchte noch etwas ergänzend ausführen. Bitte schön!

Christoph Morat, Gemeinderat: Philippe Hofmann hat es richtig gesagt. Es sind zwei verschiedene Dinge. Das Eine ist das Wegrecht. Und zwar ist es der Durchgangsweg, der den Einfamilienhäusern entlangführt, welche auch zum Elco Park gehören. Dieser führt auf gerader Linie zur Tramstation Merkurstrasse. Dies ist ein öffentlicher Weg, das ist dieses Wegrecht, welches Franz Vogt zuvor erwähnte. Das Zweite ist die Sammelstelle. Als es das letzte Mal hier im Rat war, es ist tatsächlich schon zwei Jahre her, hatte man die Verwaltung geschickt, es mit der Verwaltung des Elco Parks auszuhandeln. Es kam ein Vertrag zustande, dass es eine öffentliche Abfallsammelstelle ist. Der Vertrag wurde für zwei Jahre gesprochen, mit der jeweiligen Option um Verlängerung, falls nicht rechtzeitig gekündigt wird, so wie man es üblicherweise macht. Es ist tatsächlich so, dass man mit der Verwaltung des Elco Parks sagte, die Privatschilder müssen weg. Nun sind sie halt bis jetzt nicht weg und man muss noch einmal mit Nachdruck daran, damit man die Privatschilder auch tatsächlich wegbekommt.

Bei der Durchwegung ist es so: Es ist wirklich nur der gerade Weg. Es war auch eine deiner mündlichen Fragen, Miriam, welche Wege sind öffentlich. Es ist wirklich nur jener Weg, der geradewegs von der Spitzwaldstrasse an die Baslerstrasse führt. Die restlichen Wege sind eigentlich privat und haben kein öffentliches Gehrecht. Also, dieses gibt es nur auf der geraden Direktverbindung Spitzwald – Baslerstrasse. Wenn dort jemand vom Weg abweicht, muss er dafür halt selbst die Verantwortung übernehmen. Und beim Dings ... ja, da müssen wir uns noch einmal darum bemühen, dass wir die Schilder wegbekommen, dass die Verwaltung es tatsächlich auch bis ins Letzte konsequent umsetzt. Ich habe es nun nie mehr erlebt. Ich bin auch schon von Leuten angehalten worden, die gesagt haben, du darfst hier nichts hineinwerfen. Ich konnte mich dann wehren. Aber andere können sich vielleicht nicht wehren oder sind in diesem Moment schockiert. Aber, es ist so, für alle Anwesende inkl. Presse: Es ist eine öffentliche Wertstoffsammelstelle der Gemeinde Allschwil, vertraglich abgesichert mit der Verwaltung von Elco Park. Jetzt müssen die Schilder noch weg. Wir kümmern uns darum.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Ich frage Mark Aellen an, ob seine Frage beantwortet ist.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Meine Frage ist halb beantwortet. Dafür ist eine andere Frage, die gar nicht gestellt wurde, auch beantwortet. Übrigens, durch den Elco Park gibt es keinen geraden Weg, einfach, damit ihr hier es wisst. Wenn ihr sagt „gerader“ Weg, würde das bedeuten, man muss durch das Haus gehen, welches in der Mitte steht. Das ist nicht ganz möglich. Also das heisst, man müsste entscheiden, ob man links oder rechts vorbeigehen darf. Soviel zum Weg. Die andere Frage war: Weshalb wird es nicht umgesetzt? Wenn ihr einen Vertrag abschliesst, worin steht, dass es nicht privat ist und das Schild einfach ignoriert und nicht nachgeschaut wird? Dies war die Frage: Weshalb wird nicht nachgeschaut, ob es wirklich eingehalten wird? Denn es wird hier immer wieder thematisiert. Ich habe aber meine Antwort erhalten. Ihr habt es gemacht. Elco ist stur und soweit ist es okay. Man muss halt nachhaken. Danke schön.

Stephan Wolf, Präsident: Danke schön auch. Das Wort hat Simon Trinkler.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Gemeindepräsident. Ich würde gerne wissen, ob der Abstimmungstermin für die Lindenplatz-Abstimmung bereits feststeht, und wenn ja, wann er ist.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Jawohl, der Gemeinderat hat ihn festgelegt. Der ist am 18. Mai ... (bist du sicher?) ... also bestimmt im Mai, an der Bundesabstimmung im Mai. Ob der Tag nun korrekt ist, kann ich nicht sagen. Aber ... in diesem Fall am 18. Mai. Entschuldigung, meine Skepsis. Und zwar ist es deshalb, weil man gesehen hat, dass es auf den Februartermin zu knapp wird. Es ist zwar beinahe nicht zu glauben, aber das Problem ist, dass dieser sehr früh ist, weshalb auch immer er am 9. Februar ist. Somit hätte die komplette Geschichte, Druck und Einpacken oder zur Einpackfirma liefern, im Dezember stattfinden müssen. Nach hinten gerechnet, wäre es für all die vorherigen Arbeiten zu knapp gewesen. Respektive geht es hauptsächlich darum, dem Referendumskomitee vier Wochen Zeit zu geben, dem Gemeinderat, welcher sicher zwei Lesungen benötigt. Dies hätte nicht gereicht.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich kann noch ergänzen, der 18. Mai ist ein Sonntag. Insofern könnte es wirklich stimmen. Ich frage Simon Trinkler gerne an, ob damit seine Frage beantwortet ist.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, sie ist teilweise beantwortet. Zumindest ist eine Antwort vorhanden, wieso es nicht möglich ist, den Februartermin wahrzunehmen, obwohl es auch ein ausdrücklicher Wunsch des Einwohnerrates war, dass es zügig vorangeht. Wir sind eigentlich fest davon überzeugt, dass die Bevölkerung diesen Platz möchte, und es sollte nun schnell vorwärtsgehen. Ich würde mir trotzdem stark wünschen, dass man es sich nun halt noch einmal überdenkt und die Verwaltung zügig vorwärts arbeitet, so wie es die Abteilung Bau – Raumplanung – Umwelt getan hat, um den Vorschlag auszuarbeiten. Ich würde gerne noch wissen, was es braucht, um diesen Entscheid allenfalls umzustossen und noch einmal darauf zurückzukommen.

Stephan Wolf, Präsident: Ich gebe das Wort, glaube ich, wiederum Gemeindepräsident, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Also, der 9. Februar wird nicht möglich sein. Wenn man es früher möchte: Der Weg wurde zuvor aufgezeigt. Man müsste eine separate Abstimmung durchführen, was mit den genannten Kosten verbunden wäre. Dies müsste durch einen Vorstoss beantragt werden. Der Gemeinderat fand, dass dies nicht opportun ist, es so zu tun.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Ich gebe das Wort noch einmal an Simon Trinkler.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine weitere, letzte Nachfrage: Wann, ist der Gemeinderat der Meinung, sollte der Abstimmungstermin veröffentlicht und aufgeschaltet werden?

Stephan Wolf, Präsident: Ich gebe das Wort noch einmal an Gemeindepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Ja, das kann man aufschalten, ja. Wann es wirklich geplant ist, kann ich nun nicht sagen. Ob es bereits in diesen Gemeindenachrichten kommen wird. Spätestens in den nächsten wird es kommen. Ich kann es nicht genauer sagen, wann es geplant ist. Das kann man aber aufschalten.

Stephan Wolf, Präsident: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Fragen aus dem Kreis des Einwohnerrats? Das ist nicht der Fall. Damit kann ich die Fragestunde und auch die heutige Einwohnerratssitzung beenden. Danke vielmals, dass ihr gekommen seid. Ich wünsche euch allen noch einen schönen Abend. Wir sehen uns wieder am 3. und 4. Dezember. Da geht es auch um die Budgetsitzung. Herzlichen Dank.

ENDE DER SITZUNG 20.20 Uhr